DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 47 ab Samstag, 15. Mai 2021 bundesweit. Verkaufspreis 50 Cent mit Verwendungszweck Crowdfunding bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Die SCHWEIZ stimmt ab. Das Corona-Regime fällt per Volksentscheid.

Statt inszenierter Farbenrevolutionen der NATO und Menschenversuchen der Pharmakonzerne will die Schweizer Freiheitsbewegung ihre einmalige Basisdemokratie verteidigen. Auf dem Bild: Aktivisten der Jugendinitiative mass-voll.ch *mit dem Gründer Nicolas Rimoldi.*

Bildcollage: Jill Sandjaja

Am 13. Juni werden die Schweizer als weltweit einziges Volk über das Corona-Regime abstimmen – und vermutlich abwählen. Den Eidgenossen kommt damit eine besondere Verantwortung für die gesamte Menschheit zu.

Demokraten auf der ganzen Welt wenden sich gegen den fast globalen Staatsstreich korrupter Eliten unter dem Stichwort »Corona«. In Deutschland demonstriert die Demokratiebewegung seit dem 28. März 2020 gegen den Ausnahmezustand und die Unterdrückung von Grundrechten, Gewerbe, Wissenschaft, Journalismus und Kultur. Eine der Forderungen: Volksentscheide in allen grundlegenden Fragen!

HEIMAT DER BASISDEMOKRATIE

Die Schweizer nutzen ihre basisdemokratischen Errungenschaften – und werden voraussichtlich das Corona-Gesetz zu Fall bringen, das ihnen der Schweizer Nationalrat bislang mit Dringlichkeitsvermerken und Verordnungen auferlegt hatte. Schließlich wollen es die US-Konzerne und das Weltwirtschaftsforum so haben. 24 US-Bundesstaaten, die selbtbewusste Sozialdemokratie Schwedens und sogar die im Vergleich zum Corona-Deutschland milde Diktatur Weißrusslands haben wenige oder keine Einschränkungen wegen der vermeintlichen Jahrhundertseuche – die in Wahrheit nur den Zusammensturz des US-Finanzmarktsystems seit Ende 2019 geplant überlagert.

Der Verein der Verfassungsfreunde hatte das Referendum durchgesetzt, indem er trotz erheblich erschwerter Bedingungen 90.000 Unterschriften in kurzer Zeit sammelte.

»Wir lassen uns nicht einschüchtern und marschieren den steinigen Weg weiter, bis wir unser Ziel erreicht haben: Die Wiederherstellung unserer Grundrechte!«, erklärt Nicolas Rimoldi, Gründer Schweizer Jugendbewegung mass-voll.ch, die das Volksbegehren unterstützt. ➜ weiter auf Seite 5

Herz und Seele der Berliner Demokraten

LAUDATIO ***Der Preis der Republik geht an die Organisatorin aus der Demokratiebewegung Dolli.***
Von Jill Sandjaja



Sie konnte es sich nicht vorstellen, dass Nazis auf dem Rosa-Luxemburg-Platz in Berlin für das Grundgesetz demonstrieren. Sie ging hin, machte sich selbst ein Bild, stellte fest, dass dort ganz normale Leute sind und dass sie auch eine von ihnen ist. So kam sie in die Demokratiebewegung und half der Berliner *Freedom Parade* auf die Beine. Ganz klar, die Rede ist von Wonder Woman – in Berlin besser bekannt als »Dolliiiii«.

Dolli ist eine Widerstandskämpferin der ersten Stunde. Sie ist auf fast jeder großen Demonstration in der gesamten Bundesrepublik anzutreffen, ob mit dem Megaphon oder mit einer Schar von Trommlern. Dort setzt sich die gelernte Kosmetikerin lautstark und ohne Blatt vor dem Mund für die Grundrechte ein. In Berlin organisiert sie seit Anfang Oktober 2020 die Regionalkonferenz und bringt auch in schwierigen Zeiten die unterschiedlichen Initiativen und Netzwerke zusammen. Unablässig erweckt sie neue Projekte als Ergänzung zu den Demonstrationen ins Leben, wie zuletzt die »Von Mensch zu Mensch Aktion«, die seit Anfang Dezember 2020 Menschen unterstützt, die vom *Lockdown* besonders hart getroffen werden. Mit einem Bollerwagen vollgepackt mit selbstgemachten Lunchpaketen, Medizin und Kleidung läuft sie mit der »Von Mensch zu Mensch Aktion« durch die Stadt und beschenkt Obdachlose. Umarmungen und Gespräche dürfen dabei auch nicht fehlen.

Zur Zeit hat Dolli mal wieder keine Zeit, denn sie ist schon wieder am Planen und Organisieren für die kommende Woche. Möge die Macht mit Ihnen sein, liebe Dolli und herzlichen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz!

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie wird an Dolli verliehen. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Trägerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange.



Aktion

EINE ZEITUNG GEGEN DIE ZENSUR!

Texte, Audio und Video: Siehe demokratischerwiderstand.de

Sie wächst und wächst und wächst: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand (DW) ist seit ihrer ersten Ausgabe vom 17. April 2020 eine der auflagenstärksten Wochenzeitungen Europas mit Auflagen bis über 560.000 echt verteilten Exemplaren. Das erklärte Ziel ist, regelmäßig eine Millionenauflage zu erreichen. Dafür benötigt die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand weitere Unterstützung. Für die kommenden Ausgaben möchten Redaktion und Verlag mit Unterstützung der Leser so weit wie möglich ausstrahlen. Die DW-Aktionswochen beginnen!

Über die Mailadresse **verteileraktion@protonmail.com** kann sich ab jetzt dafür angemeldet werden. Dafür muss nur eine vollständige Lieferadresse angegeben werden, an die 100 Exemplare (ein Paket Zeitungen) zur eigenständigen Verteilung geliefert werden sollen. Die Zeitung bietet sich mit der DW-Verteileraktion besonders an, um Spaziergänge zur Verteilung und Briefkasteneinwurf zu nutzen. Ebenso sind Verteilungen in die Nachbarschaft, im Betrieb, in der eigenen Arztpraxis, Auslagen vor zwangsgeschlossenen Läden, Gewerben, Bildungs- und Kultureinrichtungen beliebt. Das nun endlich anziehenden Frühlingstemperaturen laden gerade dazu ein, durch Parkanlagen und an Flussufern zu laufen und vom Bollerwagen oder aus dem Rucksack eine gute Zeitung zu verteilen. Nicht selten ergeben sich neue Bekanntschaften und Netzwerke.

Vielen Unterstützern gilt diese Wochenzeitung seit über einem Jahr als der Demokratiemotor schlechthin – auch fürs private Umfeld. Sie erscheint zu jedem Samstag als Ausgabe mittlerweile mit 16 großen Zeitungsseiten, nimmt also an Ressorts und inhaltlicher Abdeckung weiter zu. Der Demokratische Widerstand erscheint an fünf Samstagen in Folge, in der jeweils sechsten Woche findet eine Redaktionspause zur Erholung, Recherche und Reportagen aus der Fläche statt.

VERTEILER GESUCHT!

Nötig wurde die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand, weil mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes im März 2020 und dem darauffolgenden »Home-Office« eine Gleichschaltung der Medien erfolgte. Übergriffe und regelrechte Angriffe auf regierungs- und konzernunabhängige Journalisten folgten. Es findet derzeit der umfassendste Krieg gegen die Wahrheit statt. So fanden sich in der Autorenschaft der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand sogleich angesehene Journalisten und Fachleute. Akademische Kapazitäten wie Professor Sucharit Bhakdi, Professorin Karina Reiss, Dr. Wolfgang Wodarg, Dr. Paul Brandenburg, Stephan Kohn und mittlerweile unzählige Weitere trugen zur Beweisführung in mittlerweile 47 Ausgaben bei: Das Corona-Regime ist keinesfalls unwidersprochen, sondern mittlerweile als global angelegter Staatsstreich von Konzernen und ultrakapitalistischen New-Age-Sektierern unter dem Stichwort »The Great Reset« enttarnt – die große Zurücksetzung. Im Zuge dessen werden Grundrechte und die menschliche Freiheit als lästige Störungsmöglichkeit durch demokratiebewusste Europäer und Nordamerikaner zerstört. Mit der Freiheit ist ebenso die Hoffnung auf Umweltschutz und sozialen Ausgleich gefallen. (Weiter zur Aktion und als Audio u.a. auf kenfm.de.)

Mit demokratischem Gruß,
Anselm Lenz, Herausgeber
und Doro Neidel, Vertriebsleitung und Redakteurin

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Mit Dionysos: Danser encore

EINWURF *von Werner Köhne*

Dionysos war der Gott des Tanzes, des Lebens und – des Todes. Nach Friedrich Nietzsche findet man das Dionysische im entfesselten Individuum, das den Tod lustvoll umkreist, ehe dieser schließlich den Tanzenden in seinen Armen auffängt – allerdings im Wissen, dass er, der Mäher, in diesem Spiel verloren hat. Dem Tanz der Sterblichen ist selbst er nicht gewachsen.

Neben diesem Bild eines ekstatischen Daseins ringen sich die antiken Götter noch ein Geständnis ab: Sie schauen neidisch auf die Menschen, sind diese doch gerade in ihrer Sterblichkeit fähig zum Glück. Ein einleuchtender Gedanke, der uns mitten in das aktuelle Corona-Szenario führt: Das staatlich und virologisch ausgegebene Diktum unbedingter Lebenserhaltung verdammt uns zu einem letztlich frustrierenden Götterdasein: Ewig leben, aber nur wie Zombies und Ausgeburten der Langeweile. Dieser Wahn, den Tod unendlich weit aufzuschieben, verhindert das wirkliche Leben. Wer darin noch nicht genug Trost findet, der sollte sich mal in Alberst Camus Roman »Der Fremde« umschauen. Da erfährt ein zum Tode Verurteilter in seiner letzten Nacht das Geheimnis menschlichen Lebens, dessen Beiläufigkeit. Den gestirnten Himmel, den er noch einmal durch ein Fenster in seiner Zelle erblickt, die Geräusche vom Hafen, das Lachen einer Frau am Strand – kurz: die Wahrnehmung der Welt, jenseits der üblichen Intentionen und Prätentionen, die oft den Augenblick »verleugnen« (hier ist dieses Verb einmal treffend). Der Fremde spürt in dieser Nacht so etwas wie »die zärtliche Gleichgültigkeit der Welt«.

Starker Tobak? – Das Dionysische, es ist ja erlebbar in einem Rockkonzert, im Flow *des danser encore* oder in einem Augenblick der verspielten kreativen Selbstvergessenheit. Man muss sie nur zulassen, diese Momente, in denen der Tod nicht überwunden wird, aber in einem symbolischen Austausch mit dem Leben tritt, in jenen Zwischenraum, in denen die Früchte der Gelassenheit gedeihen können.

Dionysisch und selbstvergessen im kollektiven Erleben: So kommen mir auch heute noch die beiden großen Demonstrationen im August in Berlin vor – den Lügen der Medienkaste zum Trotz: Solche Feiern der Demokratie bilden eine Immunspritze gegen die Panik und für ein *Amor fati*, ein »Ja sagen« zum (sterblichen) Leben.

Deshalb: dancer encore. Lasst uns endlich wieder tanzen!



»Minima Mortalia« von Werner Köhne erscheint bei Sodenkamp & Lenz. 216 Seiten, 27,50 Euro. Nachwort von Gunnar Kaiser. Bestellung via demokratischerwiderstand.de.

Blindheit und Gehörverlust nach Impfung

Über die Risiken und Nebenwirkungen der Corona-Impfung berichtet.

Von Markus Fiedler

Das Recherchenetzwerk *Correctiv*, das sich dem aufmerksamen Leser inzwischen mehrfach selbst als höchst unseriöse Quelle enttarnt hat, hat als selbsternannter Faktenchecker zur Datenbank der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) am 16. April folgendes veröffentlicht: »Meldungen in der EMA-Datenbank sind keine bestätigten Nebenwirkungen oder Todesfälle durch Covid-19-Impfungen. In der EMA-Datenbank werden lediglich Verdachtsfälle gemeldet, ein Zusammenhang zur Impfung ist nicht belegt.« Das ist richtig formuliert und dennoch regierungstreue Propaganda.

Wir warten schon seit geraumer Zeit auf diese Veröffentlichung des Faktencheckers: »Regierungsmeldungen irreführend! 80.000 Todesfälle durch Covid-19 sind keine bestätigten Folgen von Sars-Cov-2. Es handelt sich lediglich um Todesfälle mit positivem Corona-Test, Todesfolgen aufgrund von Infektionen mit dem Virus sind nicht belegt.« Zu diesem ebenso richtigen Sachverhalt gab es von *Correctiv* seltsamerweise noch keine Veröffentlichung.

Die gemeldeten Todesfälle oder Nebenwirkungen (Verdachtsfälle) in der EMA-Datenbank sind tatsächlich nur Erscheinungen im direkten zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen. Aufgrund fehlender ausführlicher Anamnese und ärztlicher Diagnose zu jedem Fall kann man nicht hundertprozentig sicher sagen, ob die Impfungen einen kausalen Zusammenhang mit der Todesfolge haben. Nur, warum werden dann diese Daten als Verdachtsfälle weltweit erhoben? Natürlich deshalb, weil ein Zusammenhang sehr wahrscheinlich ist.

DIE ZAHLEN AUS EUROPA, DEUTSCHLAND UND DER WELT

Bisher wurden europaweit 160.961.833 Impfdosen der Bevölkerung verabreicht. Am Stichtag, dem 8. Mai 2021, sind in der europäischen EMA-Datenbank 405.259 sogenannte »Verdachtsfälle« gelistet. Es handelt sich dabei um die Summe der gemeldeten Nebenwirkungen im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen der Impfstoffe von Astrazeneca, Biontech/Pfizer, Moderna und Johnson & Johnson. Das sind 22.656 Meldungen mehr als vergangene Woche. Insgesamt wurden 10.535 Tote im zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen gemeldet. Davon entfallen 5.429 auf den Impfstoff von Biontech/Pfizer, 2.102 auf Astrazeneca, 2.769 auf Moderna und 235 auf Johnson & Johnson. Innerhalb von zwei Wochen haben damit die Todesmeldungen insgesamt um rund 3.300 Fälle zugenommen. Bei den genannten Fällen ist zu beachten, dass einem Todesfall mehrere Todesursachen zugeordnet sein können und daher die tatsächlichen Todesfälle geringer ausfallen als die errechnete Zahl. Demgegenüber steht jedoch eine hohe Dunkelziffer an Impftoten, die nicht erkannt werden. Das RKI berichtete zuletzt von 524 Toten im Zusammenhang mit Impfungen in Deutschland.

In der Datenbank der WHO, geführt im Uppsala Monitoring Centre (UMC) in Schweden, sind weltweit 709.375 registrierte Nebenwirkungen zu »Verdachtsfällen«, also Nebenwirkungen im wahrscheinlichen Zusammenhang für Covid-19 Impfstoffe vermerkt. Bitte beachten Sie, dass pro Patient mehrere Nebenwirkungen vermerkt sein können und dies daher keine Fallzahlen sind.

Dabei fällt auch auf, dass 24.443 Meldungen zu Augenproblemen existieren. Darunter mit jeweils rund 5.000 Fällen sind Augenschmerzen und verschwommene Sicht registriert. Immerhin 419 Fälle von Blindheit sind unter den Verdachtsfällen registriert.

19.997 gemeldete Nebenwirkungen betreffen auch die Ohren. Darunter 9.002 Fälle von Schwindelanfällen, 5.735 Tinnitusfälle und 555 Fälle von Gehörverlust. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass als Ergebnis einer beispiellosen Rufmordkampagne die weltweit renommierte Schwindelambulanz von Dr. Bodo Schiffmann in Sinsheim geschlossen werden musste.

Unter den derzeit 83.369 Toten, die in Deutschland mit (und nicht an) Corona gestorben sind, sind gerade mal 17 (Siebzehn!) Jugendliche und Kinder unter 19 Jahren. Nichtsdestotrotz will man jetzt auch Jugendliche und Kinder ab einem Alter von 12 Jahren aufwärts impfen. Es gab laut Prof. Stefan Hockertz einen Anteil von rund 0,2 Prozent Todesfällen bei Kinder-Covid-Impfungen. Hockertz beruft sich hierbei auf Studien aus den USA. Hockertz befürchtet, dass hier in Deutschland bei der Durchimpfung aller Kinder über 20.000 Impftote allein unter den Kindern auftreten werden.

JETZT AUF ABSTAND ZU GEIMPFTEN GEHEN?

Die *Epoch Times* berichtet, dass im Protokoll zu den Impfstudien von Biontech/Pfizer beschrieben sei, dass aufgrund von sogenanntem Impfstoff-»Shedding« das Maskentragen und Mindestabstandeinhalten sinnvoll ist. »Shedding« bezeichnet dabei das Aushusten von Viren, die in den Atemwegen abgesondert werden. Prinzipiell sei es auch möglich, dass die künstlich erzeugten DNA- und RNA-Sequenzen der Impfstoffe über diesen Weg verbreitet werden. Nebenwirkungen und Langzeitfolgen seien noch unbekannt.

Neben diesen eher zufällig austretenden Partikeln bei geimpften Personen arbeitet man schon länger gezielt an »ansteckenden Impfungen«. Versuche mit solchen Impfstoffen an nicht einheimischen Mäusen in Australien hatten das Ergebnis, dass sich die Mäuse nicht mehr vermehren konnten. An dieser Stelle sei nochmals erwähnt, dass der hochgelobte Bill Gates ein *Faible* für die kontrollierte Familienplanung und Bevölkerungsreduzierung hat und seine Stiftung unter anderem zwischen 2012 und 2014 in eine Firma namens »Microchips Biotec« 22 Millionen Dollar investierte, die fernsteuerbare Chipimplantate für Frauen zur Familienplanung herstellt. Schöne neue Welt.


Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

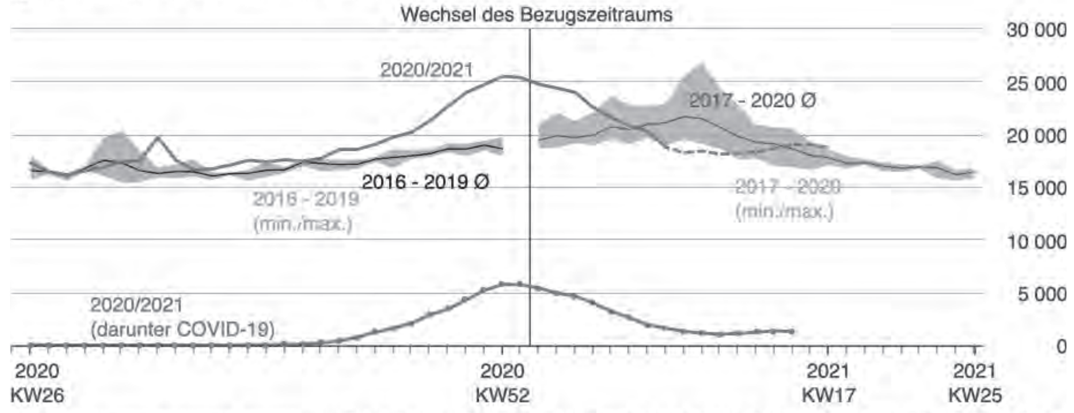
MELDUNG

BILDUNG NUR NOCH MIT IMPFUNG

Berlin/DW – Im Beschlussprotokoll des Deutschen Ärztetages vom 4. und 5. Mai 2021, der jährlichen Hauptversammlung der Bundesärztekammer fordert der Politverband der deutschen Mediziner »unverzüglich eine Covid-19-Impfstrategie für Kinder und Jugendliche zu entwickeln und vor Einsetzen des Winters umzusetzen«. Hierzu gehört für die Lobbyorganisation auch »proaktiv mediale Kommunikation für die Impfung von Kindern und Jugendlichen vorzubereiten und umzusetzen«. In der Forderungsbegründung schreiben sie ohne Nennung einer Datengrundlage, dass »das Recht auf Bildung mit Kita- und Schulbesuch im Winter 2021/2022 nur mit einer rechtzeitigen Covid-19-Impfung gesichert werden« könne. »Die gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe erlangen Familien mit Kindern nur mit geimpften Kindern zurück.«, so der Schluss der Forderung an die Bundesregierung. (rop/hes)

ÜBERLASTUNG DES GESUNDHEITSSYSTEMS? GAB ES NICHT.

Berlin/DW – Der wissenschaftliche Beirat des Gesundheitsministeriums kommt am 30. April 2021 zu dem Schluss, dass »die Pandemie zu keinem Zeitpunkt die stationäre Versorgung an ihre Grenzen gebracht hat.« Dabei beruft er sich auf »Analysen zum Leistungsgeschehen der Krankenhäuser und zur Ausgleichspauschale in der Corona-Krise« des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung der Technischen Universität Berlin, die im Auftrag des Bundesgesundheitsministeriums angefertigt wurden. Dort wird unter anderem festgestellt, dass es im Seuchenjahr 2020 durchgehend weniger stationäre Fälle in den deutschen Krankenhäuser gab als in den Jahren 2019 und 2019. »Über das Jahr gesehen beläuft sich das Minus auf 13 Prozent«, so die Forscher. Für die Versorgung der positiv auf Covid-19 getesteten Menschen wurden »knapp 4 Prozent der Intensivbetten benötigt«. Zu Beginn der Corona-Maßnahmen im März 2020 wurden diese damit begründet, dass sie notwendig seien, um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Nun kommt selbst der wissenschaftliche Beirat des Gesundheitsministeriums zu dem Schluss, dass dieses Szenario im ganzen Jahr 2020 nicht realistisch war. (hes)



Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 10.05.2021), COVID-19-Todesfälle: Robert Koch-Institut (Stand 07.05.2021)

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden. Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

MELDUNG

WIRD SCHOTTLAND DOCH UNABHÄNGIG?

Edinburgh/DW. Nach den aktuellen Parlamentswahlen in Schottland wurde Nicola Sturgeon als Regierungschefin bestätigt. Ihre Partei SNP (Scottish National Party) wird voraussichtlich mit den Grünen die Regierung bilden. Damit wird das von ihr geplante Unabhängigkeits-Referendum zunehmend realistisch. Beim letzten Referendum 2014 hatten die Schotten noch mit 55 Prozent für den Verbleib im Vereinigten Königreich gestimmt. Doch seit dem Brexit, den Schottland mehrheitlich ablehnte, wächst der Zuspruch zur schottischen Unabhängigkeit. Vor allem die jüngeren Schotten wollen zurück in die EU und sich vom Großen Bruder in London loslösen. (cco)

KOLUMBIEN GEGEN DAS CORONA-REGIME

Bogotá/DW. Kolumbien befindet sich laut Medienberichten im Generalstreik. Auslöser für die landesweiten Proteste war eine Steuerreform von Präsident Ivan Duque zu Lasten von Arbeitern und Mittelklasse. Im Zuge der Corona-Politik, so ein Bericht des *Handelsblatts*, schrumpfte die kolumbianische Wirtschaft um 6,8 Prozent, die Arbeitslosigkeit stieg durch mehrere *Lockdowns* zeitweise auf 20 Prozent, 500.000 Geschäfte mussten schließen, 2,3 Millionen Familien können sich nur zwei Mahlzeiten am Tag leisten, wobei die Armut auf 42,5 Prozent anstieg. Seit Ende April demonstrieren Zehntausende BürgerInnen auf den Straßen und fordern einen grundlegenden ökonomischen und sozialen Wandel. Sie rufen: »Weitaus gefährlicher als der Virus ist die Regierung.« Es kam zu gewaltvollen Auseinandersetzungen mit Todesopfern. Die Streikenden zwangen den Präsidenten zuletzt zu Gesprächen. (rop/hes)

+++ IN ALLER KÜRZE GEMELDET +++

Die französische Nationalversammlung hat am Dienstag, den 11. Mai, mit 108 zu 103 Stimmen die Einführung eines Gesundheitspasses zur Impfsegregation abgelehnt. Die Regierung beantragte daraufhin eine zweite Beratung. +++ Der oberste Gerichtshof Kanadas hat eine Grundsatzklage gegen das Corona-Regime zur Verhandlung angenommen, ausgehend von den Anwälten Michael Swinwood und Reiner Füllmich. +++ Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hat eine Klage aus Israel wegen Verletzung des Nürnberger Kodex angenommen. Beklagte sind der Pfizer-Konzern und die Regierung Netanjahus. +++ Der Präsident des Amtsgerichtes Leipzig, Michael Wolting, droht in einem Schreiben vom 3. Mai, das DW vorliegt, den Richtern »das weitere Leben hinter Plexglas-Trennscheiben« an, wenn diese sich nicht impfen ließen. Zudem stünde die »Geschäftsverteilung« zur Disposition, wenn das Regime nicht mitbetrieben werde. +++ Laut *Antenne Bayern* hat es in Franken am vergangenen Wochenende fälschlich verdoppelte Inzidenzzahlen gegeben. Die Zahl hatte zum »Verbot« der Großdemo in Schweinfurt geführt. +++ (ale/hes/hp)

Mit den Olivgrünen zur Bundestagswahl

Für die deutsche Rüstungsindustrie garantiert Baerbock ein solides Preis-Leistungsverhältnis. | Von Hermann Ploppa

Sahra Wagenknecht von der Linkspartei hatte es vor kurzem wieder ins allgemeine Bewusstsein gerückt: Die Grünen sind ein Dienstleistungsunternehmen für die deutschen Rüstungskonzerne.

Schaut man sich die Spenden der Rüstungswirtschaft für die Grünen an, so wird man bereits im Jahr 2015 fündig. Damals spendete der Branchenverband Südwestmetall 100.000 Euro an Bündnis90/DieGrünen. Nun gehören zu Südwestmetall nicht nur Rüstungskonzerne wie Heckler & Koch, Diehl oder MTU. Aber sie machen einen wesentlichen Anteil aus. Das war zunächst ein artiges Dankeschön für die Verdienste, die der grüne Ex-Maoist und heutige Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, sich im Kampf für seine heimische Schwerindustrie erworben hatte. Beim Bundestagswahlkampf 2017 gab es von den Knarrenbauern aus dem Musterländle sogar 110.000 Euro für die einstige Ökopax-Partei. Und der Verband Bayerische Metall und Elektronik spendete zu diesem Zweck auch noch mal 60.000 Euro. Der grüne Bundesschatzmeister wand sich mit der Ausrede, es würden von den warmherzigen Spendern ja schließlich nicht nur Lösungen zum Töten hergestellt, sondern auch Umwelttechnologie. Nun hat gerade, genervt durch das öffentliche Gemurmel, der Verband Südwestmetall angekündigt, sich bei der kommenden Bundestagswahl nobel jeglicher Spenden für die kandidierenden Parteien zu enthalten. Macht nichts. Sicher wird sich ein rätselhafter Privatspender finden, der die Einnahmeausfälle der schwäbischen Rüstungsproduzenten für die wackeren Parteien mehr als ersetzt. Auf jeden Fall sind die Grünen durch militärpolitische Geldzuwendungen ganz schön gedopt. Auf der Webseite der Olivgrünen stehen Robert Habeck und Annalena Baerbock am Eingangstor eines rustikalen Häuschens und erläutern uns ihre Pläne: »Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen selbst mehr außen- und sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Das gilt insbesondere in unserer eigenen Nachbarschaft, wenn wir nicht weiter passiv zuschauen möchten, wie Russland, die Türkei oder China ihren Einfluss sukzessive ausbauen. Die Sicherheit der östlichen Nachbarländer der EU sollte mit einem Eastern Partnership Security Compact gemeinsam gestärkt werden. Um die Unabhängigkeit und Sicherheit der Ukraine nicht weiter zu gefährden muss Nord Stream 2 gestoppt werden.«

IN DER US-KADERSCHMIEDE HOCHGEZOGEN

Man hat hier die Baerbock zur Gärtnerin gemacht. Für Friedensfreunde ist es wohl kaum anheimelnd zu vernehmen, dass die Grünenchefin nicht damit zufrieden ist, wenn der Rüstungsetat unter ihrer Regierung wahrscheinlich nur zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmachen soll: »Wir müssen erst über eine strategische Neuaufstellung sprechen, dann über die Ausgaben. Es muss auch um die Fähigkeiten der Nato und die konkrete Lastenverteilung gehen. Ein theoretisches Zwei-Prozent-Ziel hilft da nicht wirklich weiter.« Und dass sie mit Frankreichs Regierungschef Macron möglichst bald über »robuste« EU-Einsätze reden will, schafft auch keine wohlige Wärme. Baerbock wurde schon vor etlichen Jahren auf ihre Rolle als neue deutsche Kriegsherrin in den USA vorbereitet. Im September 2018 trat sie bei der transatlantischen Kaderschmiede und Lobbygruppe German Marshall Fund of the US auf. Die deutsche *Mainstream*-Presse umschreibt ihre Herkunft aus US-Kaderschmieden als »gut vernetzt in Washington«. Die US-Stiftung Carnegie Endowment, auf deren Konto zahlreiche Regime-Change-Manöver auf diesem Globus gehen, sagt gütig über das Ergebnis jener Kader-Heranzucht: »Aus US-Sicht werden ihre Positionen sehr begrüßt.« Kein Wunder ist es dann, dass Frau Baerbock stramm auf Anti-Volksrepublik China gebürstet ist – in ihrer Eigenschaft als stellvertretende Vorsitzende des Parlamentarischen Freundeskreises Berlin-Taipeh. Taipeh ist die Hauptstadt von Taiwan, dem Insel-chinesischen Antipoden zur Volksrepublik China. Für Taiwan zu sein, ist vollkommen legitim, aber in der Kombination; anti-China, anti-Russland und anti-Türkei hat das denn doch ein unverkennbar aggressiv US-amerikanisches Geschmäckle, gell. Entspannung soll, ganz im Sinne des vergesslichen US-Alterspräsidenten Biden, lediglich im Umgang mit dem Iran gepflegt werden.

Also, es gibt viel zu tun für wackere deutsche Rüstungsindustrielle. Frau Baerbock wird's schon richten. Da gibt es dann vielleicht auch viele neue Arbeitsplätze für grüne Sauberkeitsapostel. In der jungen Welt brachte Maxi Wunder diesen wunderbaren neudeutsch-pietistischen *Mainstream* auf die nackte Formel: »Mit lautlosen Elektropanzern und atomaren Sprengköpfen aus fair gehandeltem Uran gegen Russland, nach dem Motto: achtsam morden.«

REPRESSIVE »ÖFFNUNGEN«

Österreich: Die sogenannten Lockerungen sind Zugeständnis und Erpressung. | Von Eric Angerer

Ein Großteil der Bevölkerung hat den »harten *Lockdown*« längst nicht mehr mitgetragen. Die Regierung war angeschlagen und musste reagieren.

Die seit Wochen angekündigten »Öffnungen« sollen am 19. Mai in Kraft treten. Konkret sollen Gastronomie, Hotellerie, Kultur und Sport wieder anlaufen. Allerdings alles unter massiven Auflagen.

Erstens müssen sämtliche Gäste oder Veranstaltungsteilnehmer registriert werden. Zweitens gelten all diese »Freiheiten«, die die Regierung dem offenbar unmündigen Volk gnädig gewährt, nur für diejenigen, die »getestet, geimpft oder genesen« sind. Je nach Art des Tests gilt er 24 bis 72 Stunden, was jede spontane Aktivität bewusst mühsam gestaltet. Die Leute sollen zum Impfen getrieben und an die »neue Normalität« der Kontrolle gewöhnt werden. Allerdings sind die »vollständig Geimpften« auch nicht für immer befreit, sondern nur für neun Monate. Kein Wunder, hat die Regierung doch gerade 42 Millionen Impfdosen bestellt, die in den nächsten zwei Jahren an die neun Millionen Einwohner verimpft werden sollen.

Natürlich ist die Argumentation der Regierung und ihrer Lakaien in den *Mainstream*-Medien auch in sich unlogisch. Denn die Impfung schützt ja auch laut den Herstellern nicht davor, sich mit Covid-19 anzustecken oder andere anzustecken. Aber es sei, so wird behauptet, die Virenlast der Geimpften geringer und deshalb auch das Ansteckungsrisiko. Eine geringe Virenlast haben aber auch all die »symptomlosen« Covid-Infizierten (wie gesunde Menschen im aktuellen Neusprech genannt werden) und dennoch wurden sie als besondere Gefahr angesehen und mussten sich ständig testen lassen.

ERPRESSUNG UND DISZIPLINIERUNG

Wenn man nicht davon ausgeht, dass in der Regierung komplette Idioten sitzen, ist klar, dass es hier nicht um Logik, sondern um weitergehende Ziele der Herrschenden geht. Mit Angstmache und Repressalien soll ein Großteil der Bevölkerung zum Impfen im Sinne des *Great Reset* erpresst und diszipliniert werden. Und so sagte auch der neue grüne Gesundheitsminister Mückstein gleich zum Einstand, Impfen sei der »einzige Weg in ein normales Leben«. Mit dieser Karotte vor der Nase soll das störrische Volk in die gewünschte Richtung gelenkt werden. Dabei hat WEF-Schwab selbst ja längst klargestellt, dass es nach seinen Vorstellungen ein normales Leben »nie wieder« geben werde.

Ein Teil der Menschen in Österreich fügt sich in sein vermeintliches Schicksal. Bei ihnen dominieren Gewöhnung an die neuen Zustände, Lethargie und diffuse Hoffnungen, dass es mit der Impfung vielleicht doch besser werde. Zwischen 50 und 60 Prozent sollen bereit sein, sich impfen zu lassen, mindestens ein Drittel davon wohl nicht aus Überzeugung, sondern um Ruhe und ein leichteres Leben zu haben. Viele von ihnen theoretisieren dann ihre Entscheidung und wollen das glauben, was ihnen die Herrschenden versprechen.

Neben ihnen und den Unentschlossenen gibt es aber weiterhin etwa 30 Prozent der Bevölkerung, die sich der Impfung verweigern. Laut Umfragen sind das vor allem Leute aus den »unteren Bildungsschichten«. Medial wird das zumindest so hingedreht, als handle es sich bei ihnen um unaufgeklärte Deppen, die die Segnungen der Impfungen nicht kapieren. In Wahrheit ist bei den Arbeitern der Widerstand deshalb besonders groß, weil sie von der herrschenden Ideologie weniger gehirngewaschen sind und einen gesunden Klasseninstinkt haben, dass die »die da oben« etwas Dreckiges im Schilde führen.



Täglich mehr Impftote, zerstörtes Zivilleben und der Versuch einer Grundrechte-Apartheid: Die Corona-Schreckensherrschaft will sich einnisten. Collage: Chris Stein

Die internationale Offensive der Anwälte

Die Abschaffung der Menschenrechte geschieht weltweit nach den immer gleichen Mustern. | Von Casey Koneth

In einer internationalen Sitzung des Corona-Ausschusses tauschten sich jüngst Anwälte und Menschenrechtler aus unterschiedlichen Ländern darüber aus, wie sie derzeit juristisch gegen die rechtswidrigen Maßnahmen ihrer Regierungen vorgehen.

Die Teilnehmer der Sitzung »International Legal Offensive« (internationale Rechtsoffensive) kommen unter anderem aus Frankreich, Israel, den USA, Griechenland, Italien, Namibia, Südafrika. Was sofort auffällt, wenn sie über die Lage in ihren jeweiligen Ländern berichten: Die zunehmende Abschaffung der Menschenrechte gleicht einem weltweiten Drehbuch, dessen Umsetzung in Israel seine traurige Premiere feiert. Uriel Cohen, Sprecher des »Israeli People's Committee«, warnt: »In Israel passiert momentan das, was weltweit passieren wird.«

Israel: Offiziell sind bereits fünf Millionen der neun Millionen Einwohner zweimal mit dem Impfstoff von Biontech/Pfizer geimpft. Auch die Jugendlichen ab 16 Jahren dürfen mittlerweile nur noch mit Impfnachweis an Gemeinschaftsaktivitäten teilnehmen. Jetzt erhöht die Regierung den Druck, auch die Kinder ab 12 Jahren durchzuimpfen. Das wollen die Anwälte durch Aufklärungsarbeit verhindern. Die Risiken und Nebenwirkungen der Impfung werden in den offiziellen Medien verschwiegen, das Staatsfernsehen behauptet sogar, der Impfstoff sei zugelassen, obwohl er wie bei uns nur eine Notfallzulassung hat. Der Druck wird aber vor allem über den »Green Passport«, den Impfnachweis, aufgebaut. Wer ihn nicht hat, wird aus dem gesellschaftlichen Leben ausgegrenzt und sogar mit Berufsverbot belegt. Die israelischen Anwälte vertreten derzeit etliche Lehrer, denen mit Entlassung und Zwangsimpfung gedroht wird, wenn sie sich nicht impfen lassen. Anwalt Tamir Turgal berichtet zudem von einer Mandantin, der in einem sechsköpfigen Unternehmen aufgrund ihrer Impfverweigerung gekündigt wurde, obwohl ihr geimpfter Kollege nach der zweiten Impfdosis bereits einen Hirnschaden erlitten hatte und kurz darauf verstarb.

Selbst Holocaustüberlebende, die keinen Impfnachweis vorweisen, dürfen nicht mehr an den Gedenkfeiern für die Opfer des Holocaust teilnehmen. Dazu die israelische Anwältin Rotem Brown: »Der Green Passport ist das Faschistischste, was wir je hatten. Es ist unfassbar, dass so etwas in einem Land von Holocaust-Überlebenden überhaupt möglich ist.« Die israelischen Anwälte ziehen nun gemeinsam vor das Oberste Gericht und argumentieren, dass Diskriminierung und der Verlust der Menschenrechte gesundheitsschädigender und gefährlicher sind als der Virus.

Südafrika: Der Pastor John Mosepele berichtet, dass sich die südafrikanischen Anwälte nach über 300 Gerichtsfällen nicht mehr an den einzelnen Maßnahmen abarbeiten wollen. Denn sobald sich eine Maßnahme vor Gericht als rechtswidrig erweist, wird nicht etwa die Maßnahme gekippt, sondern das Gesetz entsprechend angepasst, damit sie weiterhin gilt. Jetzt wollen die Anwälte nicht mehr länger ihre Energie mit Einzelfällen verschwenden, sondern direkt vor das Verfassungsgericht ziehen, um die von der Regierung beziehungsweise der WHO ausgerufene Katastrophenlage zu beenden. Schließlich liege die Genesenen-Rate in Südafrika bei 95 Prozent und rechtfertige keinen Notstand mehr. Hilfe erhoffen sich die südafrikanischen Anwälte von internationalen Wissenschaftlern, die die regierungstreuen Wissenschaftler widerlegen sollen. Rückhalt bekommen die Juristen von den Kirchen, die in Südafrika bestens miteinander vernetzt sind, Widerstand sowie Aufklärungsarbeit leisten und viele Menschen damit erreichen. Südafrika ist laut Pastor Mosepele das »Tor zu Afrika«, mit großem Einfluss auf viele weitere afrikanische Staaten. Die juristische und kirchliche Offensive dürfte sich daher nicht nur auf die weiteren Entwicklungen in Südafrika auswirken, sondern auf den gesamten Kontinent.

Weitere Informationen auf der Website
https://corona-ausschuss.de/sitzungen/

VOLKSENTSCHEID »GEGEN CORONA«

Fortsetzung von Seite 1. | Von Anselm Lenz

Bereits am 12. Januar hatten die Verfassungsfreunde die 90.000 Unterschriften für das Referendum eingereicht (DW berichtete).

»In der Schweiz ist das Volk der Souverän. Hier haben wir die Möglichkeit, einen besseren Weg zu gehen«, erklärte der Verein, der »umfassende rechtliche Gleichheit für alle« anstrebt sowie »geschwisterlichen Umgang im wirtschaftlichen Leben«.

Sollte das Schweizer Corona-Regime am 13. Juni wirklich fallen, wäre ein großer Sieg für die Demokratie errungen. Die Strahlkraft ginge weit über die Schweiz hinaus. Deutschland wird derzeit von Intellektuellen verlassen – und jenen, die es sich leisten können. Täglich verlassen Ärzte, Händler, Journalisten, Ingenieure und Juristinnen das Land – auf der Flucht vor Repressalien, Existenzvernichtung und Impfterror. Hauptziele sind Mexiko, Schweden, Russland – und die Schweiz. Die Ablehnung des Ausnahmezustandes – für die Schweiz auf sehr ungewöhnliche Art per Verordnungsregime erlassen und ähnlich spät dem Parlament vorgelegt – würde zu einem weiteren abrupten Zustrom von Deutschen in die Eidgenossenschaft führen. Die Schweiz muss sich zuvor bereits auf massive Einmischung ausländischer Konzerne und Interessengruppen im Wahlkampf einstellen. Werden die Schweizer den Mut zum »Nein« aufbringen? Siehe auch verfassungsfreunde.ch.



BRIEFWAHL ALS GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE?

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Die sogenannte Pandemie hat schon zu vielen Kollateralschäden geführt. Wenn Politik und Justiz versagen, dann muss das der Souverän über Wahlen richten. Aber welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Integrität unserer Wahlen? Die Briefwahl wird als Lösung angepriesen, doch wie sicher sind Briefwahlen? Es reicht eine kurze Recherche im Internet, um festzustellen, dass Briefwahlen leicht manipulierbar sind und auch der Grundsatz der freien Wahl praktisch nicht überprüfbar ist. Wie möchte man prüfen, ob jemand seinen Wahlschein zu Hause selbst ausgefüllt hat? Faktisch ist dies unmöglich. Skandale gab es schon viele. Beispielsweise in Dachau 2003, als Briefwahlunterlagen Zuhause von einem Stadtrat eingesammelt wurden. Es dürfte aber die Ausnahme sein, dass Fälschungen auffallen. Die Fehler- und Manipulationsmöglichkeiten sind groß.

Es ist beispielsweise keine Kontrolle möglich, ob Briefwahlunterlagen auf dem Postweg oder im Wahlamt »abhandenkommen«. Über Wahlbenachrichtigungen können Briefwahlunterlagen angefordert werden, bei denen letztlich niemand kontrollieren kann, wer wirklich abgestimmt hat. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) hat bereits bei der Bundestagswahl 2009 eine bessere Absicherung der Briefwahl gefordert. Sicher ist die Briefwahl noch immer nicht, im Gegenteil: Wer manipulieren möchte, kann das immer noch mit einfachen Mitteln tun. Und manche »Demokraten« siebten schon Wahlscheine von »falschen« Parteien einfach aus.

Nach der Präsidentschaftswahl 2020 in den USA wurde nicht nur von Präsident Donald Trump der Vorwurf der Wahlfälschung erhoben, die juristischen Überprüfungen hierzu laufen immer noch. Wer die Wahlnacht live beobachtet hat, dem sind doch einige Merkwürdigkeiten aufgefallen, vorsichtig formuliert. Die Amerikaner scheinen ihre Lektion gelernt zu haben. Mehrere amerikanische Bundestaaten, wie Georgia, Texas, Florida und Tennessee, haben eine Reform ihres Wahlrechts begonnen und verabschiedet. In Georgia soll die Legitimation der Wahl durch vorzeigen der *ID-Card* (Personalausweis) gewährleistet werden. Tennessee verabschiedete ein Gesetz, dass ab dem 27. April 2021 nur noch Stimmzettel mit einem unsichtbaren Wasserzeichen bei einer Briefwahl gezählt werden dürfen. In Florida wurde der Gesetzesentwurf von Gouverneur DeSantis unterzeichnet, der besagt, die Integrität der Wahlen zu gewährleisten, indem Massenversendungen von Stimmzetteln unterbunden werden und ein Identifizierungsverfahren für die Wahlzettel eingeführt wird.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen via nichtohneuns.de!*

DANKE:

Mit Ihrer Spende an die Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V. unterstützen Sie den Druck dieser Zeitung, professionellen Journalismus und die Arbeit für die Grundrechte in der Bundesrepublik Deutschland. – Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

Revolutionäre Pfingsttage

Wir verbringen die Pfingstferien im Widerstand! Vom 21.-24. Mai fluten wir Berlin, um gemeinsam mit der widerkehrenden Sommersonne ein Fest für Frieden, Freiheit und Demokratie zu feiern. Willkommen sind alle Erdenbürger, die unsere Überzeugung teilen, dass der Weg in die Selbstbestimmung nur mit Friedfertigkeit, Respekt und Dialog gegangen werden kann. Dafür brauchen wir keine Verkleidung, keine Fahnen und keine Symbole, nur unsere Körper und unser Lächeln. Geplant sind vier Tage mit buntem Programm: Am Freitag gibt es vier große Autokorsos, am Samstag vier große Demonstrationszüge, am Sonntag fünf Kundgebungen mit mobilen Bühnen und am Montag Spontandemos in ganz Berlin.

Was fordern wir:

- die Rücknahme aller Änderungen des Infektionsschutzgesetzes seit 18.11.2020
- die vollständige Wiederherstellung der Grundrechte
- das Recht auf selbst bestimmten Umgang mit unserem Körper
- den Schutz der Kinder vor Isolation, Repressalien und unerwünschten medizinischen Eingriffen durch den Staat
- die eigenverantwortliche Regelung des Umgangs mit alten oder kranken Familienangehörigen und Freunden
- das sofortige Ende der sich abzeichnenden Zweiklassengesellschaft.
- unabhängige wissenschaftsbasierte Entscheidungen
- eine zensurfreie Presse sowie Meinungsfreiheit in allen Medien
- das Ende medialer Angstkampagnen, dass alle Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden

Als neue Strategie bei Polizeimaßnahmen gilt: Wir schlagen den Gegenspieler mit Humor und bringen ihn so auf unsere Seite. Bewaffnet euch deshalb mit einer Auswahl eurer Lieblingswitze (nur besser keine Polizistenwitze) und vertreibt den BeamtInnen und euch selbst beim Personalienaufnehmen die Zeit. Vielleicht könnt ihr dabei erstaunt feststellen, dass ein heimliches Schmunzeln Spannungen löst. (rop)
Nähere Details unter:
www.pfingsten-in-berlin.de

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Sendet uns die Termine Eurer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum / Zeit	Ort	Veranstaltung
15.05.2021 13-15 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Blume-Brunnen (Lange Str. 2)	Kundgebung "WIR müssen reden"
15.05.2021 14-15:30 Uhr (jeden Sa)	Hagen, vor dem Allerwelthaus	Mahnwache für Frieden und Freiheit
15.05.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Schützenplatz	Autokorso für Grundrechte
15.05.2021 14-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese	Autokorso
15.05.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtpark	Spaziergang
15.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Amstetten, Hauptplatz	Spaziergang
15.05.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung
15.05.2021 15-17 Uhr (jeden Sa)	Bochum, Dr.-Ruer-Platz	Kundgebung und Aufzug
15.05.2021 17-19 Uhr (jeden Sa)	Kirchdorf a.d. Krems, Rathausplatz	Spaziergang
15.05.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
15.05.2021 15-19 Uhr	Nürnberg, Wöhrder Wiese	Demo - Ein Jahr Protest für Grundrechte
15.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Sa)	Reutlingen, Marktplatz	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Wahrheit und Demokratie
15.05.2021 16-20 Uhr	Berlin, Spreewaldplatz	Social is Dancing
15.05.2021 19-21 Uhr (jeden 2. Sa)	Rheinstetten, Rappenwörthstr. 49	Abendspaziergang
15.05.2021 10-22 Uhr (täglich)	Berlin, Bundeskanzleramt	Mahnwache am Kanzleramt
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Deutschlandweit, Überall	Es reicht! - Bundesweite Aktion
15.05.2021 15-23:59 Uhr	Wien, Ort folgt	World Wide Rally for Freedom
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Stuttgart, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 13:30-23:59 Uhr	Berlin, EckeBMG - Torstr. bis Gendarmenmarkt	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Düsseldorf, Hofgarten Wiese - nähe Tonhalle	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Erfurt, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Hannover, Maschsee Nordufer	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	München, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Schwerin, Marktplatz Siegessäule	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Bremen, Hauptbahnhof	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Dresden, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Hamburg, Rödingsmarkt	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Kiel, Reventlouwiese	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Mainz, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Potsdam, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Saarbrücken, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
15.05.2021 14-23:59 Uhr	Wiesbaden, Ort siehe Online	Es reicht! - Bundesweit & Worldwide
16.05.2021 12:30-15 Uhr (jeden So)	Düsseldorf, Parkplatz P1 Messe (Lotzweg)	Autokorso für Grundrechte
16.05.2021 14-16 Uhr (jeden So)	Salzburg, Mozartplatz	Spaziergang
16.05.2021 14-16 Uhr	Frankfurt am Main, Ort folgt	Schweigemarsch
16.05.2021 14-16 Uhr	Greiz, Markt/Rathaus	Schweigemarsch
16.05.2021 14-16 Uhr	Bischofferode, Hauptstrasse – Unterhalb Kirche	Schweigemarsch
16.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Mahnwache für Grundrechte
16.05.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Viehmarkt	Autokorso für Grundrechte
16.05.2021 15:30-17:30 Uhr (jeden So)	Olching, Volksfestplatz (Toni-März-Str. 1)	Kundgebung für Grundrechte
17.05.2021 13-13:30 Uhr (jeden Mo)	Neu-Ulm, Kantstraße 8	Demo für Demokratie und Selbstbestimmung
17.05.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
17.05.2021 17-19 Uhr (jeden 2. Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Montagsdemo Eberswalde
17.05.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Klagenfurt, Neuer Platz	Lichtermarsch
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen	Demokratieflashmob
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Osnabrück, Rathaus	Montagsdemo
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
17.05.2021 15-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Brandenburger Tor	Demo für Grundrechte & Selbstbestimmung
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Balingen, Parkplatz Sparkassen-Arena B27/B463	Autokorso für Grundrechte
17.05.2021 19-20 Uhr (jeden Mo)	Hainichen, Marktplatz	Mut-Mach-Kundgebung
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Max Joseph Platz (vor der Oper)	Magic Monday MediTANZion
17.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Parkplatz - Hellersdorfer Str. 159	Autokorso Berlin Ost
17.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Stralsund, Alter Markt	Informationsaustauch & Spaziergang
17.05.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Konstanzer Münster (Münsterpl. 1)	Montagsspaziergang
17.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Weimar, Theaterplatz	Montagsspaziergang
17.05.2021 18-21 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Montagsdemo
17.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Neubrandenburg, Marktplatz	Montagsspaziergang
17.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
18.05.2021 11-13 Uhr (jeden Di)	Günzburg, Wätteplatz	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
18.05.2021 18:30-19:30 Uhr (jeden Di)	Schwäbisch Gmünd, Marktplatz	Mahnwache
18.05.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
18.05.2021 18-21 Uhr (jeden Di)	Dortmund, Parkplatz E2 Reymdamm	Autokorso für Grundrechte
19.05.2021 13-16 Uhr (jeden Mi)	Berlin, Potsdamer Pl. Ecke Ebertstr.	Mahnwache - Im Namen der Kunst
19.05.2021 18-20 Uhr (jeden Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
19.05.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
20.05.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str./Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
20.05.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
20.05.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
20.05.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
20.05.2021 18-21 Uhr (jeden Do)	Hagen, Am Sportpark 34	Autokorso für Grundrechte
21.05.2021 15:30-18:15 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für Frieden & Dialog
21.05.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	Linz, Hauptplatz	Fest für die Freiheit
21.05.2021 16:30-19 Uhr (jeden Fr)	Kassel, Parkplatz Messehalle P1 Süd	Autokorso für Grundrechte
21.05.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Karlsplatz (oder: siehe online)	Open Mic - Demokratie leben

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

»Hunderttausende demonstrierten in London«

Gespräch mit Louise Creffield, Gründerin der englischen Demokratie- und Freiheitsbewegung gegen das Corona-Regime

Anselm Lenz: Wann gründeten Sie Ihre Grundrechtsinitiative *saveourrights.uk* und was haben Sie vor?

Louise Creffield: Wir gründeten *Schützt unsere Grundrechte im Vereinigten Königreich* am 16. April 2020. Wir waren am 23. März in den Niederschluss geschickt worden. Uns wurde gesagt, dass sei nur für drei Wochen. Am Tag, als die drei Wochen abgelaufen waren und sie den Niederschluss verlängerten, war der Moment, in dem uns klar wurde, dass wir in Aktion treten müssen, falls wir unsere Rechte jemals zurückerlangen wollen. Seither arbeiten wir daran. Heute ist unsere größte Kampagne die Medizinische Freiheitsurkunde (Medical Freedom Bill, Anm. Red.), die jede Form von Zwang zu Tests oder Impfungen vorbeugen würde, auch den indirekten Zwang, die Nötigung. Sie soll auch verhindern, dass Menschen irgendwelche Nachteile bei der Arbeit entstehen oder andere Diskriminierungen. Das würde uns einen guten Schritt voranbringen.



Größte Bewegung der britischen Geschichte: Initiatorin Creffield bei einer Demonstration in London. *Foto: privat*

Da der *Google-Youtube*-Konzern zensiert, können wir auf dieser Plattform nicht alles besprechen, ohne gelöscht zu werden. Aber vielleicht deuten Sie uns an, warum Sie die Medizinische Freiheitsurkunde gegen das Corona-Regime ins Feld führen?

Ja, unser *Youtube*-Kanal ist gerade gelöscht worden. Wir brauchen die freie Wahl für jeden, welche medizinische Behandlung er nicht möchte oder möchte, weil die Regierung nicht dazu da ist, uns unsere Rechte und Freiheiten zu gewähren, sie sind dazu da, unsere Rechte und Freiheiten zu schützen – vor jeder Art von Angriffen darauf. Und selbstverständlich ist jeder Zwang oder Nötigung zu Tests und Impfungen gegen unsere Rechte und Freiheiten gerichtet. Wir haben das Recht, über unsere Körper selbstbestimmt zu verfügen. Das verstößt andernfalls gegen jede medizinische Ethik. Es gibt aber keine freie Entscheidung ohne volle Information und Entscheidungsfreiheit. Insofern muss unsere Regierung sagen: Nein, so etwas müssen wir vorbeugen! Aus irgendeinem Grund aber, treibt unsere Regierung das alles aber auch noch voran. Und demgegenüber sagen wir: Nein, das können wir nicht zulassen, das ist inakzeptabel.

Sie haben riesige Demonstrationen. Wir hörten, dass die englische Freiheits- und Demokratiebewegung am 24. April 2021 in London mit rund 700.000 Demokraten demonstrierte, um das Corona-Regime zu beenden. Ist das wahr? Und falls ja, warum berichtete die *BBC* und auch unsere Regierungs- und Konzernmedien nicht über diese dann größte Demonstration in der gesamten britischen Geschichte?

Ja! Es waren mehrere Hunderttausend Menschen auf den Straßen Londons bei dieser Demonstration. Das war erstaunlich, weil unsere erste Demonstration im April 2020 mit nur sechs Menschen in der Stadt Brighton stattgefunden hatte. Diesmal gab es fast keine Polizeipräsenz und kaum Inhaftierungen. Wir glauben, sie taten das, weil dann vermeintlich nichts zu berichten ist. Hätte es wieder Hunderte von Verhaftungen gegeben, dann hätten die Zeitungen etwas zu berichten gehabt.

Das gesamte Interview in englischer Sprache sehen und hören Sie im DW-Videokanal auf demokratischerwiderstand.de/presseklub

Geburtsanzeige

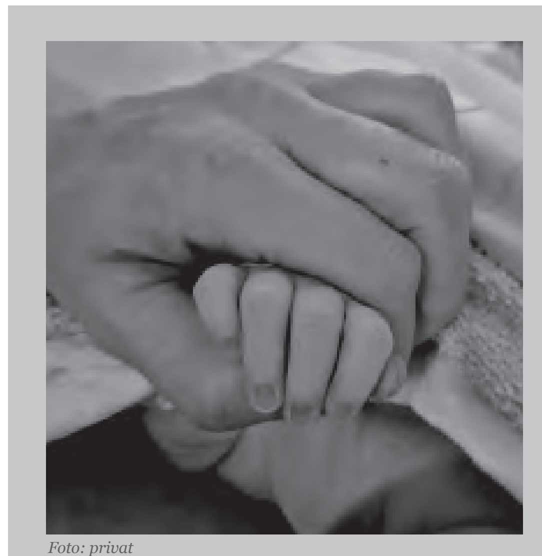


Foto: privat

HURRA, HURRA
DIE KLEINE PRINZESSIN LEIA IST ENDLICH DA!

Die Reinkarnation aus der Star-Wars-Saga ist im Tiergarten auf einer Großdemo in Berlin gezeugt worden und wurde während der Aufbauphase der Revolution geboren. Die besten Voraussetzungen dafür, dass die kleine Widerstandskämpferin unsere Demokratiebewegung schon jetzt unterstützt. Möge unsere kleine Prinzessin Leia uns den Weg in die Freiheit scheinen. Zur Geburt die allerherzlichsten Glückwünsche für die Liebe in Menschengestalt. (jis)

Zerstörung oder Vision?

Unser rasender Reporter Clark Kent stellt einige Fragen und hat gute Ideen.

Eine Mutter mit fünf Kindern wurde in NRW vom Jugendamt dazu gezwungen, eines ihrer Kinder impfen zu lassen. Weder sie, noch der Arzt wollten das, doch das Amt bestand darauf, sonst hätte es der Frau die Kinder weggenommen. Das Kind hat nun einen Impfschaden. Weitere Repressalien sind zu befürchten.

Dies ist aber kein Einzelfall: Ein Jugendamt hat in Freiburg der Mutter das Kind weggenommen, obwohl das Oberlandesgericht zwei Tage vorher dagegen entschied.

Was ist aus der Antifa geworden? Eine griechische Gruppierung der Antifa hat in einer Videokonferenz gesagt, dass die Griechen früher auf den deutschen Widerstand gebaut hätten – heute seien die deutschen Antifas eine Schande für alle Menschen, weil sie die faschistischen Strukturen unterstützen. Auch die Antifa in Frankreich sieht das ähnlich.

Was ist aus den Bürgern geworden? Einige halten sich für selbsternannte Rächer und halten das für »solidarisch«. Denen reicht das Denunzieren nicht mehr, sie zerstören das Leben anderer, indem sie die Identität von anderen kopieren und damit im Netz Straftaten begehen. So wurden unter anderem falsche Profile von Dr. med. Carola Javid-Kistel erstellt und Beiträge gepostet, die auch strafrechtliche Relevanz haben.

Was ist aus der Polizei geworden? In Kempten legten Polizeibeamte einem Passanten vor den Augen seines Kindes Handschellen an, weil er keine Maske trug. Weder das vorher gegessene Eis, noch die zehn Meter zur Grenze der Maskenzone, noch das gültige Attest waren den Beamten wichtig. Im Gegenteil, sie unterließen sogar die Hilfeleistung. Zum Schluss konnte der Passanten auch seine Anzeige nicht vollständig erstatten – die Polizisten sind einfach gegangen. Im Gegensatz dazu steht ein Visionstreffen der Partei Die Basis, an dem ich teilnehmen durfte. Zugeschaltet war per Videokonferenz auch Dr. Wolfgang Wodarg. Wir analysierten die Ist-Situation und gaben unsere Ideen ab, wie das Land eigentlich sein sollte. Auch das Helfa-Projekt ist ein Teil dieser Vision – denn Zusammenarbeit, Aufbau und Menschlichkeit sind Attribute, die langfristig unser Leben schützen. Zu den Ideen gehört, dass wir anstatt der Angstindustrie, egal ob Pharma- oder Medienindustrie, lokale Organisationen unterstützen, die ihre Nachbarn kennen und sich wirklich um deren Wohl sorgen. Was werden die Menschen schließlich bevorzugen? Zerstörung oder Vision?



POSTVERSANDABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zur auflagenstärksten Wochenzeitung der Republik gewachsen. Sie verkauft keine Anzeigen, sammelt keine Daten ein und ist von großen Mäzenen, Strukturen, Staaten und Regierungen unabhängig. Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Tausenden einzelnen SpenderInnen und freiwilligen VerteilerInnen, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist.

Parallel dazu möchten wir den Versuch unternehmen, den Widerstand als unabhängige und gedruckte Wochenzeitung für alle zu etablieren. Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 10,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse unseres Vereines. Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME ____________________

TELEFON + E-MAIL ____________________

STRASSE UND HAUSNUMMER ____________________

POSTLEITZAHL UND ORT ____________________

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

»Vernetzt euch, verschenkt euch, verschwört euch, beruhigt euch.«

Team Mensch oder Team Bill – das ist hier die Frage. | Von Hannes Henkelmann

Meinen heutigen Interviewpartner muss man nicht vorstellen. Sein Buch »Wer wenn nicht Bill (Wir)!« hatte gerade die Spiegel-Bestsellerliste geentert, als ich ihn in Grünendeich im Alten Land traf.

Moin, Herr Böttcher.
Moin. Und sag bitte Sven. Ich bin Kampfduzer.

Gerne. Bevor wir zu Bill kommen, lass uns kurz über den Ball reden. Du bist Bayern-, ich Werderfan. Normalerweise kommunizieren die beiden Fangruppen nur via Schmähgesang miteinander.
Ich kann ein Stück weiter weggehen. Singen geht auch.

Lass mal. Wir können uns ja zum Glück noch zivilisiert austauschen. Mir fehlt der Fußball von früher. Diese Methadon-Spiele mag ich nicht, denn Fußball ohne Zuschauer ist langweiliger als Pornos im Radio. Was denkst Du darüber?
Seit Corona schaue ich kein Fußball mehr, *Sky* ist gekündigt. Drei, vier Jahre kommt man ja noch mit alten WM-Endspielen auf DVD hin.

Gibt es unter den Maßnahmenkritikern eigentlich Fußballfans? Ich kenne nur wenige. Oder anders gefragt: Warum lassen sich so viele Fans so klaglos ihre Religion nehmen? Ein Jahr kein Westfalenstadion. Das muss für einen Borussen doch ein verlorenes Lebensjahr sein?
Was willste machen? Ein Ticket kostet 500 Euro oder fünf Jahre Knast. Fußballfans sind doch Menschen wie du und ich. Eine Hälfte kann nicht fassen, was unser Zentralkomitee hier veranstaltet, die andere Hälfte hat grundlos Todesangst. Aber vielleicht erinnern sich ja die Fans irgendwann an Bill (Shankly)s Worte: *Beim Fußball geht es nicht um Leben und Tod. Die Sache ist viel ernster.* Dann fliegen Mutti und Spahn in hohem Bogen, und Anna können sie gleich mitnehmen.



Sven Böttcher: »Die Aussichten sind fies, aber mit Perspektive.« Foto: Hannes Henkelmann

Wenn wir jetzt nicht zu Deinem Buch kommen, fliege ich auch. Das möchte ich nicht. Also, am Anfang hast du ganz ernsthaft die Perspektive von Team Bill eingenommen, und ihr im zweiten Teil das Team Mensch gegenübergestellt. Kannst du beide Teams kurz vorstellen und uns vor allem verraten, wie wir nicht nur lebend aus der Chose rauskommen, sondern auch welche Chancen diese ganze Kiste für uns birgt?
Ich war von Anfang an überrascht, wie viel ich mit Billy und Klaus gemeinsam habe …

Vielleicht reden wir doch weiter über Fußball …
Nee. Bill und Klaus (Schwab) wissen, dass die alte Normalität vorbei ist. 80 Prozent – das ist das Team Old – glauben ja noch, die Welt von vor Corona-Geburt kommt zurück. Großer, tödlicher Denkfehler. Bill will die Welt retten und weiß, dass die Schafe dazu zu blöd und zu gemein sind. Klaus will die Weltwirtschaft kreativ zerstören und diese Teufelszahl, das Bruttoinlandsprodukt, beerdigen. Beide wollen eine Gesellschaft, in der jedem alles zur Verfügung steht und niemand mehr Existenzangst hat.

Also bist du im Team Bill?
Nein. Team Bill steuert auf eine aseptische Welt zu, totalitär und voll überwacht von Psychopathen und künstlicher Intelligenz, eine Welt, in der für nichts Menschliches mehr Platz sein wird. Und für sechs Milliarden Menschen wohl auch nicht mehr. Aber erst, wenn die längst Ruinierten 80 Prozent aufwachen, entscheiden wir uns zwischen Mensch und Maschine, zwischen Team Mensch und Team Bill. Solange sind wir Menschen gut beraten, uns auf den Kollaps einzustellen. Denn der kommt.

Wann?
2022? Weiß keiner, nicht mal Orlov.

Wer bitte ist Orlov?
Dmitry Orlov, er schrieb 2020 das Buch *Die Lehre vom Kollaps*.

Danke. Und wer geht beim Kollaps als erstes über die Wupper?
Wer weiß … Die Staaten selbst, die Banken, die Versicherungen? Wir werden sehen. Aber wir kennen ja den Ablauf schon. Immerhin darauf können wir uns vorbereiten.

Und zwar wie?
Vernetzt euch, verschwört euch, versorgt euch, verschenkt euch, beruhigt euch! Wir haben alles. Wenn wir uns nicht allzu blöd anstellen, gehört uns sogar die Zukunft – wir müssen nur erst mal den Totalcrash überleben, den die 80 Prozent da gerade veranstalten.

Klingt dennoch nicht besonders reizvoll.
Ist es aber. Vorher waren die Aussichten fies ohne Perspektive. Jetzt sind sie fies mit Perspektive.

Auch auf volle Stadien?
Garantiert. Stell dich schon mal auf echt gemeine Gesänge aus unserer Kurve ein. Was ist grüüün und …

Für 'ne volle Hütte nähme ich das gerne in Kauf. Danke für das Gespräch.

Briefe an die Redaktion

KRITISCHE ANMERKUNG ZUR AUSGABE 46

Ich bin froh, dass es die Zeitung *Demokratischer Widerstand* gibt, und ich sehe auch die dringende Notwendigkeit einer freien Presse, die mutige Menschen wie Sie braucht. Ich möchte jedoch folgendes zu bedenken geben: Neben Ihrem Willen zur Aufklärung verführt der sowohl inhaltliche als auch gestalterische Duktus von MACHT ÜBERNEHMEN dazu, in die Falle der MACHTAUSÜBUNG zu geraten. Ich mache mir Sorgen, und schlage vor, sachlich und gedanklich klarzubleiben; was schwer genug ist, wenn Wut und Machtlosigkeit uns zu übermannen drohen. – Mechthild L.

ZUM ARTIKEL »WENN NICHT JETZT, WANN DANN?«

Mit großem Interesse habe ich das Interview gelesen und vor allem, Ihre Antwort auf die Frage nach Unterwanderung durch den Verfassungsschutz. Hier möchte ich einwenden, dass diese Unterwanderung allgegenwärtig ist, auch beim *Demokratischen Widerstand* selbst. Liebe DW-Redaktion, lassen Sie sich nicht unterwandern von dieser Person. – M. Schmidlechner.

WIRKSAME IMPFUNG?

Bei meiner Arbeitsstelle wurde uns mitgeteilt, dass ab nächster Woche die geimpften Mitarbeiter nur noch einmal pro Woche getestet werden. Die anderen wie gehabt zweimal. Habe ich etwas verpasst?! Wurde jetzt schon wissenschaftlich nachgewiesen, dass die Impfung wirksam ist? – Bianca R.

INFORMATIONSPUZZLESTEIN

Die Zeitung gehört zu unseren festen »Informationspuzzlesteinen« und hilft uns, unseren eigenen Weg durch dieses Grauen zu finden. Gebt niemals auf, wir tun es auch nicht! – A.

MUT UND OPTIMISMUS

Lieber DW! Ich lese euch seit dem ersten Flyer. Euer Mut und Optimismus sind unersetzlich und entscheidend in unserem Kampf für eine bessere Welt. Danke! – Bruno M.

JAHRESABO DES DEMOKRATISCHEN WIDERSTANDS

Dies ist die 47. Ausgabe des Demokratischen Widerstand. Die Zeitung erscheint seit dem 17. April 2020 wöchentlich. Immer fünf Ausgaben, dann eine Woche Pause zur Erholung und Recherche. Da es trotz der unzählbar vielen und teils riesigen Demonstrationen und knapp 13 Millionen gedruckter Exemplare dieser Zeitung nicht danach aussieht, dass sich die Regierung sehr bald von ihrem verfassungsbrüchigen Kurs in die Konzern-Diktatur abbringen lässt, wollen wir diese Zeitung auf Dauer herausbringen. Das Internet wird zensiert, Beiträge werden gelöscht. Das gedruckte Wort bleibt.
Auf der Internetseite demokratischerwiderstand.de können Sie ein Abonnement dieser Zeitung für ein Quartal oder ein Jahr abschließen.



Ganz uneigennützig? Bevor die USA auf Millionen von Impfdosen sitzen bleiben, zeigt sich Joe Biden lieber aufdringlich großzügig. *Collage: Jill Sandjaja*

Die USA in windigen Spendierhosen

Biden will, dass die großen Impfkonzerne auf Gebühren für ihre Impfpatente verzichten – ein durchsichtiges Propaganda-Manöver | Von Hermann Ploppa

Nanu? Wir hörten doch allerorten, dass zwischen den USA uns uns Europäern jetzt große Harmonie besteht? Seitdem Brausekopf Trump mit welchen Tricks auch immer aus dem Weißen Haus verjagt wurde, jubilieren die deutschen Premium-Medien über den großen Konsensmeister Joe Biden.

Und jetzt sowas: Als Biden verkündete, dass die USA sich für die zeitweilige Aussetzung der Impfpatente stark macht, lästern Eurokraten und ihre Hofmedien, das sei ein billiges »PR-Manöver«. Propaganda also. Und unsere Kanzlerin Merkel belehrte den bejahrten US-Präsidenten mit einem inflationären »möglichst, möglichst«-Satz: »Das Ziel ist doch, dass möglichst viele Menschen möglichst schnell an Impfstoff herankommen. Dazu müssen Hersteller in die Lage versetzt werden, möglichst schnell Lizenzen zu vergeben oder die eigenen Produktionskapazitäten anzuheben. Beides findet statt. Innovationskraft derer, die heute Impfstoffe herstellen, [darf] nicht erlahmen.« Und die Motivation, möglichst schnell Innovationen zu erzeugen, ergibt sich doch grundsätzlich nur aus möglichst hohen Profiterwartungen. Was denn sonst?!

Joe Biden als Profitverächter? Um das beurteilen zu können, an dieser Stelle einige Hintergrundinformationen. Aktuell sind erst acht Prozent der Weltbevölkerung gegen Sars-Cov-2 geimpft worden. Und diese acht Prozent sind fast ausschließlich in den reichen Ländern dieser Erde auffindbar. Lassen wir die Frage nach Sinn oder Unsinn der Impfungen einen Augenblick beiseite. Jedenfalls fühlen sich viele arme Länder wieder einmal vernachlässigt. So stellten Indien und Südafrika bei der Welthandelsorganisation WTO Anträge auf zeitweilige Aussetzung der Impfpatente. Auch bei der Weltgesundheitsorganisation WHO wurde in dieser Angelegenheit angeklopft. Die Sicherung der Urheberrechte ist seit einigen Jahren verschärft worden durch das so genannte TRIPS (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights)-Abkommen. Und im Vorstand der TRIPS-Behörde sitzen vornehmlich Vertreter der reichen Länder, rekrutiert aus den Lobbyverbänden der großen Konzerne. Und die zeigen keine Neigung, irgendwelche Patente freizugeben. Und zum anderen denken auch die westlichen Pharmakonzerne keine Sekunde daran, dem von der WHO gegründeten Covid-19 Technology Access Pool (C-TAP), einer Art von Open Source für Impfpatente, beizutreten. Kurzum: Südafrika und Indien sind abgeblitzt mit ihrem Anliegen.

USA BLEIBEN AUF 300 MILLIONEN IMPFDOSEN SITZEN

Da kommt Bidens Vorstoß wie ein Pfingstwunder. Aber warum? Nun, die USA selber haben keine Beschaffungsprobleme wegen Covid-Impfstoffen. Sie werden nach Schätzungen von Experten noch im Juli auf 300 Millionen Impfdosen sitzenbleiben. Zum einen ist ein Impfzwang in den USA nicht vorgesehen und damit verbunden auch keine Benachteiligung Nicht-Geimpfter. Zum anderen nimmt gerade die Impfbereitschaft in den USA spürbar ab. Insofern sind die Amerikaner in dieser Frage ziemlich entspannt. Es geht aber im Kern auch hier wieder um Geopolitik. Denn bis jetzt beliefern lediglich Russland, China und Indien die armen Länder mit billigen Impfstoffen. Das liegt daran, dass die Impfdosen im Vergleich zu den westlichen Impfstoffen spottbillig angeboten werden und in vielen Ländern der Dritten Welt heimische Unternehmen Sputnik V oder Sinovac in Lizenz fertigen dürfen. Wieder ein Grund mehr für die armen Länder, sich vom Westen angewidert zurückzuziehen und sich auch in anderen Fragen Russland und China weit zu öffnen. Indien wurde von den USA hier als eigener Satellit im Wettkampf um die Impf-Oberhoheit in Stellung gebracht. Jedoch nach den letzten pandemisch auftretenden Atemwegserkrankungen auf dem Subkontinent kann Indien nicht weiter exportieren. Und die Wut in Indien gegen die USA und damit auch auf den eigenen Regierungschef Modi wächst exponentiell. Denn kaum hatte Biden das Weiße Haus betreten, unterzeichnete er auch schon den US Defense Production Act. Welche Produkte auch immer tendenziell gegen die USA genutzt werden könnten, dürfen jetzt nicht mehr exportiert werden. Dazu gehören auch Komponenten für die Herstellung von Covid-Impfstoffen. Das hatte zur Folge, dass die größte Covid-Vakzinfabrik in Indien, das Serum Institute of India, ihre Produktion einschränken musste.

Also: Bidens Vorstoß in Sachen Patentfreigabe der Covid-Impfstoffe kostet die Amerikaner keinen Cent. Sie wird den USA aber auch keinen strategischen Geländegewinn einbringen. Denn die Pharma-Lobbyisten von US-Handelskammer, Business Roundtable, International Intellectual Property Alliance putzen die Klinken des Weißen Hauses. Sie haben die Schalthebel der oben schon genannten internationalen Instanzen wie WTO oder WHO fest in der Hand. Da kann auch Biden nichts dran ändern.

EUROPA HÄLT AUF PROFITKURS

Und Europa? Eine vollkommen abgehobene, vom Merkel-Klüngel beherrschte Regierung der Europäischen Union setzt weiter im Führerbunker auf rigiden Profitkurs: Nein, eine Patentfreigabe bringt keine Steigerung der Liefermengen. Stattdessen wird es zu einem Qualitätsverfall kommen. Dahinter steckt die latente Unterstellung, die armen Länder wären zu einer Beherrschung solcher hochkomplexen Technologien nicht in der Lage. Frau Merkel versucht zudem, den Amerikanern Honig ins Ohr zu schmieren, wenn sie argumentiert, die großartigen Biontech-Patente dürften nicht den bösen Chinesen »in die Hände fallen«. Ob die Chinesen, die erfolgreich ihre Vakzine wie Sinovac in alle Welt verschicken und nachbauen lassen, wohl auf die buchstäblich mordsgefährliche Substanz von Biontech versessen sind, darf bezweifelt werden.

Ja, und im Übrigen, so Merkel, gäbe es doch die Covax-Initiative. Covax soll über die UNO westliche teure Impfstoffe subventioniert an die armen Länder abgeben. Die Subventionierung bezahlen dann die Steuerzahler in den reichen Ländern. Nun hat sich Covax bislang als gigantischer Flop herausgestellt. Statt der vollmundig saftig angekündigten zwei Milliarden Impfdosen hat Covax bis dato gerade einmal 40 Millionen Impfdosen in Umlauf gebracht. Doch Merkel verteidigt wie eine Löwin ihr Lieblingskind Biontech gegen alle Anfeindungen und Zweifel. Schließlich sind bereits 375 Millionen Euro Steuergelder bei Biontech versenkt worden. Das Kind muss doch langsam mal von alleine laufen lernen. Dafür muss die deutsche Premiumpresse auch ständig über die spektakulären Impfschäden des britisch-schwedischen Konkurrenten Astrazeneca berichten. Dass die Impfschäden des Biontech-Präparates die Impfschäden von Astrazeneca quantitativ und qualitativ weit übertreffen, muss in der Tabuzone der Selbstzensur verbleiben. Weltweit wird von der Leyens großmäulige Behauptung, Europa sei »die Apotheke der Welt« mit bitterem Gelächter quittiert.



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

»Jetzt sollen wir finanziell plattgemacht werden«

Der deutsche Mittelstand stöhnt unter hohen Rohstoffpreisen, Lieferengpässen bis zu Totalausfällen. Von Sophia-Maria Antonulas

Egal ob Stahl, Edelstahl, Kunststoffgranulat oder Holz, die Lager der Großhändler sind leer. Liegt es an der Drosselung der Produktion, an zu wenig Frachtschiffen oder doch an den heiß laufenden Märkten in China und den USA?

Seit November ist der Preis für einen Kilo Stahl von 0,90 Euro auf 1,79 Euro gestiegen. Handwerker in Deutschland sind dazu übergegangen Rohmaterialien zu bunkern, berichtet ein Berliner Aluminiumverarbeiter. Der Unternehmer, der lieber anonym bleiben möchte, ist überzeugt, dass nach der Gastronomie und dem Tourismus jetzt »die Handwerker finanziell platt gemacht werden sollen«. Tatsächlich sind bestimmte Edelstahlsorten in Deutschland nicht mehr verfügbar. Und die Preise für Aluminium, Schwarzblech oder Zinkblech sind um rund 50 Prozent gestiegen, die Versorgungslage ist kritisch. Viele Händler können nur noch Tagespreise anbieten. In einer Aussendung des Handwerkerfachmarktes Raab-Karcher klingt die Erklärung dafür so: »Die Ursachen hierfür sind vielfältig. Rohstoffverknappung, das Fehlen von globalen Frachtraumkapazitäten, die Auswirkung der Corona-Pandemie, damit einhergehend auch Lieferausfälle und teils auch Spekulationen sind wichtige Gründe für die derzeitige Anspannung am Markt und lassen uns vermuten, dass wir auch mittelfristig mit keiner Entspannung rechnen können. Wir bitten um Ihr Verständnis, dass diese Entwicklung uns zwingt, dass wir Ihnen in einigen Bereichen nur noch Tagespreise anbieten können. Insbesondere die Dämmstoffe und Bauharze, die unter dem Produktionsausfall von Zuschlagsstoffen leiden, die Holzindustrie, deren Produkte derzeit aufgrund eines überproportionalen Wachstums der Bauwirtschaft verstärkt in den chinesischen und amerikanischen Markt gehen, Bautenschutz- und Tiefbauprodukte sind extrem betroffen.«

Auch das Berliner Maschinenbauunternehmen Itec Automation & Laser AG informierte seine Kunden in einem Anschreiben über die allgemeine »Preisentwicklungs- und Materialverfügbarkeitssituation auf den Blechmärkten«: »Eine derartige Situation haben wir in 25 Jahren nicht erlebt. Blechvertriebsleute, die seit 40 und mehr Jahren in diesem Geschäft sind, ebenso wenig. Der Blechmarkt ist aus den Fugen geraten. Die Märkte in Asien boomen. Frachtraten für Container haben sich verzehnfacht. Es kommt in Europa kein asiatisches Vormaterial mehr an, weil es vor Ort benötigt wird. Diese Entwicklung ist extrem inflationär und im Voraus kaum kalkulierbar. Preislisten unserer langjährigen Lieferanten, die bislang über zwei bis drei Monate stabil waren, ändern sich aktuell täglich.«

»Viele meiner Materialien kommen aus China und da gibt es einen hohen Eigenbedarf, weil die Wirtschaft boomt«, erklärt auch Markus Dettendorfer, der ein Unternehmen mit 35 Mitarbeitern in der Nähe von Rosenheim betreibt. Die Dettendorfer Maschinenbau GmbH liefert Maschinenteile an Firmen, die auf Elektronik, Medizin- und Lebensmitteltechnik spezialisiert sind. Auch Dettendorfer musste seine Kunden warnen. Denn »mein Haupthändler für Aluminiumbleche kann nicht mehr liefern. Der einzige Händler, der mir noch seinen letzten Lagerbestand verkauft hat, verlangte den doppelten Preis – mit den Worten, wer am meisten bezahlt, der kriegt's.« Der Unternehmer befürchtet, dass Firmen ihre Beschäftigten schließlich in Kurzarbeit schicken müssen, weil es zwar Aufträge, aber kein Material gibt. »Und wenn es so weitergeht, wird aus der Kurzarbeit tatsächlich Arbeitslosigkeit. Denn einige Mittelständler werden das nicht überleben.«

Die Reißleine gezogen hat jedenfalls der Unternehmer Martin Müller (Name anonymisiert) aus Augsburg. Er verkaufte sein Maschinenbauunternehmen mit 40 Mitarbeitern und sein schickes Haus mit Schwimmbad und ist mit seiner Frau, dem 8-jährigen Sohn und der 13-jährigen Tochter seit einigen Tagen in Paraguay – für immer. Seine Firma war auf Anlagenbau spezialisiert. Doch seit August 2020 kamen keine Aufträge mehr rein, weil »keiner neue Fabriken baut. Dann sollte ich mit meinem Haus und meiner Lebensversicherung für den Hilfskredit haften. Das wollte ich nicht. Das ist doch meine Absicherung für die Rente«, schüttelte Müller den Kopf. »Ich bin überzeugt, dass der Mittelstand vernichtet werden soll.«


Foto: Ronse

Kleine, mittlere und große Unternehmen versuchen Materialien zu bunkern. Wer am meisten zahlt, der bekommt den Zuschlag.

EU-GESUNDHEITSKOMMISSARIN KYRIAKIDES IM STURZFLUG

Die zypriotische Politikerin hat vermutlich ihrem Gatten zu Millionenkrediten verholfen. | Von Hermann Ploppa

Seit Dezember 2019 ist Stella Kyriakides jetzt EU-Kommissarin für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Sie galt im Kabinett von der Leyen als *Shooting Star*.

Das ist nun Vergangenheit. Denn der Rechnungshof des griechischsprachigen Teilstaates auf Zypern hat entdeckt, dass der Gatte von Frau Kyriakides bei der staatlichen Genossenschaftsbank Cyprus Cooperative Bank einen Kredit in Höhe von vier Millionen Euro aufgenommen hat, und das, ohne die dafür erforderlichen Sicherheiten in Form von Immobilien oder anderen Werte aufgeboten zu haben. So etwas ist nur vorstellbar durch politische Protektion. Hat Stella Kyriakides mit ihrer Macht als EU-Kommissarin Druck auf die Genossenschaftsbank ausgeübt? Fest steht, dass Frau Kyriakides die vom Kredit begünstigte Firma ihres Mannes nicht als Vermögen bei ihrer Nominierung zur Kommissarin angegeben hat, wie das im Gesetz vorgeschrieben ist. Diese Affäre könnte die Karriere der christdemokratischen Politikerin rasch beenden.

Die Personalie Kyriakides ist typisch für die meisten Eurokraten in Brüssel. Typisch für den Drehtüreffekt: nämlich einmal als Lobbyist für große Konzerne zu arbeiten, und im nächsten Augenblick dann auf der Seite der Regierung mit derselben Agenda weiterzumachen. So war Kyriakides in den Jahren 2004 bis 2006 Präsidentin der angeblichen Selbsthilfeorganisation Europa Donna gegen Brustkrebs.

Diese Organisation wird zu 86 Prozent von der Pharmaindustrie gesponsert. Als Lobbyistin der Pharmabranche wirkt sie auch jetzt als EU-Gesundheitsministerin, indem sie massenhafte Prophylaxe-Impfungen gegen Gebärmutterhalskrebs voranbringen will. Ärzte stufen diese Impfungen als überflüssig und absolut riskant ein. Im März 2020 wurde Kyriakides zur Leiterin eines Sonderkommandos zum Ankauf von Impfstoffen berufen. Da Medien und Pharmakonzernchefs gleichermaßen mit ihrer Leistung nicht zufrieden waren, wurden ihr die Kompetenzen zum Jahreswechsel entzogen. In der Tat geht auf ihr Konto, dass die EU gegenüber den Pharmakonzernen Abnahmegarantien von Impfdosenmengen unterschrieben hat, während die Konzerne diese Mengen nur liefern müssen, »wenn es ihnen möglich« ist.

Tatsächlich war andererseits Biontech-Chef Sahin unzufrieden, dass die EU nicht gleich bei ihm noch mehr Impfdosen bestellt habe. Vermutlich kann Stella Kyriakides demnächst ihren Hut nehmen. Allerdings dürfte es wenige Eurokraten geben, die nicht auch längst wegen offensichtlicher Interessenskonflikte gehen müssten.

QUO VADIS GRUNDGESETZSCHUTZ?

Die Merkel'sche Querfront fegt im Bundestag mit der Kettensäge durch die Grundrechte. | Von Ralph T. Niemeyer

»Sie, meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.« – Max Reimann, KPD, im Parlamentarischen Rat (West) 1949.

Der Politiker und Genosse Reimann hatte auch in anderer Hinsicht Anmerkungen zum Grundgesetz. Das Grundgesetz (GG) sei nicht nur die »Spaltungsurkunde« Deutschlands, denn die BRD sagte sich damit vom Ostteil los. Das Grundgesetz sei aus einem einseitigen Befehl der westlichen Besatzungsmächte entstanden, der im Widerspruch zu den Potsdamer Verpflichtungen steht.

Das Grundgesetz stelle, so Reimann damals, die Sicherung der Macht- und Profitinteressen des Großkapitals, der Schuldigen an der Katastrophe von 1945, höher, als die Interessen der Mehrheit der Menschen im Land. Dazu konnten die Kommunisten nicht »ja« sagen, denn die im Grundgesetz verkündeten demokratischen Rechte gingen den Kommunisten nicht weit genug. Es fehlten und fehlen die wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte und ihre Einklagbarkeit – anders als in der UNO-Deklaration der Menschenrechte von 1948, sowie in einigen Länderverfassungen der Bundesrepublik und insbesondere in der DDR-Verfassung zumindest formal festgeschrieben. Ausdrücklich stimmten Max Reimann und Heinz Renner den im Grundgesetz verankerten Grundrechten zu, betonten aber gleichzeitig, dass sie im Rahmen der Herrschaft des Großkapitals ständig bedroht sein würden und deshalb nicht ausreichten.

Dennoch halten wir im Deutschlandkongress das Grundgesetz seit jeher für absolut verteidigungswert und verteidigen es seit Beginn des Corona-Putsches desto vehementer, je brutaler die Merkel'sche Querfront im Bundestag mit der Kettensäge durch die Grundrechte fegt. Max Reimanns Prophezeihung ist also eingetreten.

Am 8. Mai 1949 wurde das Grundgesetz mit 53 Ja- und 12 Nein-Stimmen beschlossen. Die Gegenstimmen setzten sich zusammen aus den Vertretern der KPD und den Abgesandten der CSU unter Führung von Franz Josef Strauß. Diese begründeten ihre Ablehnung damit, dass im Grundgesetz zu viel Demokratie enthalten wäre. Die Ratifizierung des neuen Verfassungsvertrages erfolgte dann am 18. und 21. Mai 1949 durch Zwei-Drittelmehrheit in den vorhandenen Landtagen. Mit der Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 war der Rechtsetzungsprozess beendet. Eine geplante Volksabstimmung zum Gesetz wurde nie realisiert. Damit ist das Grundgesetz bis zum heutigen Tag keine Verfassung, die aus einem souveränen Akt des Volkes hervorgegangen ist.

GRUNDGESETZ HATTE EINST VORBILDCHARAKTER

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland galt trotzdem einst als liberalste und meschenfreundlichste Verfassung und hatte Vorbildcharakter sogar über Deutschland hinaus. Wie man diesen Ruf derartig ruinieren kann, ist schon bemerkenswert. Zuletzt ließ der Deutsche Bundestag das Grundgesetz-Stelen-Projekt des Demokratieaktivisten Ralph Boes am Reichstagsufer zerstören. Ausgerechnet Artikel 20 GG war wohl ein Dorn im Auge. Der Widerstandsartikel kommt nämlich seit einem Jahr immer häufiger zur Anwendung.

Es geht dabei um Gerichte, die die Politik in die Schranken weisen sollen – eine ihre wesentlichsten Aufgaben –, der sie aber immer weniger nachkommen. Mit der neuesten Verschärfung des »Infektionsschutzgesetzes« wurden de facto zwei der drei Säulen des Grundgesetzes zum Einsturz gebracht: Der Föderalismus und die Gewaltenteilung. Da die Bundesländer nichts mehr bei den Maßnahmen und vor Ort geltenden Grundrechtseinschränkungen mitzureden haben, wurden de facto die Verwaltungsgerichte ausgehebelt. Man kann den Rechtsweg nicht mehr beschreiten. Wie gereizt das Regime auf grundgesetztreue Richter reagiert, sieht man an den martialischen und überzogenen Vergeltungsschlägen gegenüber einem Amtsrichter in Weimar (DW berichtete in N> 46). Der Überfall auf den Richter stellt nichts anderes dar, als einen Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit.

Besonders Artikel 20 GG, der die Verpflichtung zur Rechtsstaatlichkeit, zum Föderalismus, zur sozialen Demokratie festschreibt, war eine der wichtigsten Lehren aus dem Terror des Nazi-Regimes. Die westlichen Alliierten hatten nicht nur den »Parlamentarischen Rat« quasi handverlesen, sondern auch in den sogenannten SHAEF-Gesetzen (SHAEF ist die Abkürzung für Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forces, also Oberstes Hauptquartiere der alliierten Invasionskräfte) festgelegt, dass diese Prinzipien Grundbedingung für jegliches politisch selbstbestimmte Leben in den westdeutschen Besatzungszonen sind.

DEMOKRATISCHE VERÄNDERUNGEN IN BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN

Als wir am 7. Oktober 1989 in Berlin, Hauptstadt der DDR, und am 10. November 1989 in der BRD-Hauptstadt Bonn-Bad Godesberg den »Deutschlandkongress« gründeten, ging es zunächst nur um demokratische Veränderungen in beiden deutschen Staaten. Aber nachdem Bundeskanzler Helmut Kohl seine 10 Punkte als Fahrplan zur Einheit vorgelegt hatte, beschlossen wir nach Artikel 146 Grundgesetz die Verfassunggebende Versammlung auszurufen und begannen eine Verfassung für Deutschland zu entwerfen, die wir zur Abstimmung stellen wollten.

Am 11. Februar 1990 fragte ich Bundeskanzler Kohl nach dessen Gespräch mit UdSSR-Präsident Gorbatschow nach der Verfassung für das vereinte Deutschland und er antwortete glasklar: »Wir werden eine neue Verfassung zu schaffen haben.« So sendeten es *ARD* und *ZDF* und so bestätigte es mir auch Präsident Gorbatschow, mit dem ich kurz darauf sprach und der dies als Zusage von Bundeskanzler Kohl bezeichnete.

Die Verfassunggebende Versammlung nahm ihre Arbeit auf und war paritätisch mit DDR- und BRD-Bürgern besetzt, wobei die politischen Lager von Neues Forum, Demokratischer Aufbruch bis hin zu SDP, SPD, FDP und CDU reichten. Ich war zum Vorsitzenden gewählt worden, meine Stellvertreter waren von Junge Union, Neues Forum, SDP, Jusos und Jungliberalen.

Nachdem die Volkskammerwahl am 18. März 1990 eine bürgerliche Mehrheit erbrachte, war plötzlich nicht mehr von einer neuen Verfassung die Rede und nur noch vom Beitritt der DDR nach Artikel 23 GG. Grund für die Eile war die leicht kippende Stimmung in der DDR, denn die Wirtschaft hatte sich nach einem ersten Einbruch unter der Modrow-Regierung mit ihren sehr vernünftigen Maßnahmen wieder stabilisiert und da die Kernforderungen nach Demokratie und Reisefreiheit erfüllt und somit die Luft aus dem Kessel gelassen war, war der Wunsch nach bedingungsloser Einheit nicht mehr so klar zu vernehmen. Eine nicht zu ignorierende Masse dachte eher an eine bessere DDR.

Nun, da seit dem 18. November 2020 das Grundgesetz de facto außer Kraft gesetzt ist, hat die Frage nach einer Verfassung erneut Fahrt aufgenommen und so tagt inzwischen der Deutschlandkongress von 1989 erneut und hat sich mit allen wesentlichen Gruppen, die sich mit dieser Frage befassen, auf eine klare Rechtsposition verständigt. Dennoch wird das Grundgesetz in der Fassung vom 23. Mai 1949 nach wie vor von uns verteidigt und die vollständige und uneingeschränkte Wiederherstellung aller Grundrechte, der Gewaltenteilung und Freiheitsrechte gefordert. Dies sollte auch im Sinne der Bundesregierung und des Bundestages sein, denn in den Fußnoten zum Zwei-plus-Vier-Vertrag ist eindeutig geregelt, dass das NATO-Truppenstatut nach wie vor gilt und auch die SHAEF-Gesetze wieder in Kraft gesetzt werden können, sollte die Bundesrepublik Deutschland die rechtsstaatliche, freiheitlich-demokratische und föderale Grundordnung außer Kraft setzen.

DIE ALLIIERTEN SIND INFORMIERT

Ich habe daher als Vorsitzender des Deutschlandkongresses als Organ der Verfassunggebenden Versammlung unmittelbar nach Inkrafttreten des »Infektionsschutzgesetzes« mit dem Paragraphen 28b die Allierten angeschrieben und mitgeteilt, dass wir von nun an die Arbeit an der souveränen Verfassung für Deutschland gemäß Artikel 146 GG wieder aufgenommen haben und diese zur Abstimmung stellen werden, und sie danach in Kraft treten wird. Sollten also bis zum 17. Juni 2021 nicht die Gewaltenteilung, der Föderalismus und alle Grundrechte uneingeschränkt wiederhergestellt sein, so wird die Deutsche Verfassung am 3. Oktober 2021 um 0 Uhr in Kraft treten. Die Bundesregierung, sowie die Landesregierungen bleiben für eine Übergangszeit geschäftsführend im Amt. Wir erwarten von den Alliierten keine Unterstützung, da diese ja mit Ausnahme Russlands politisch ähnlich positioniert sind, wie das Regime in Berlin. So haben wir sie lediglich nur im Rahmen unserer völkerrechtlichen Verpflichtungen als Verfassunggebende Versammlung davon in Kenntnis gesetzt. Eingangsbestätigungen liegen vor, auch vom Büro des 45. US-Präsidenten. Nicht, dass es später heißt, Herr Biden sei doch nicht der rechtmäßige Präsident und wir hätten unsere völkerrechtliche Note quasi in ein schwarzes Loch geschickt.

Ralph T. Niemeyer ist seit 10. November 1989 Vorsitzender des Deutschlandkongresses »Verfassunggebende Versammlung«.

Reise nach Südamerika

Argentinien – Krise und Widerstand : Warum der Gegner zwar mächtig ist, aber noch keineswegs gesiegt hat. | Von Ronja Palmer

Argentinien mit seinen rund 45 Millionen Einwohnern, das viele mit Tango, Diego Maradona, und der weiten Landschaft Patagoniens verbinden, befindet sich in einer heftigen sozialen und wirtschaftlichen Krise, die durch Corona noch verstärkt wurde.

»Echar leña al fuego« (deutsch: Öl ins Feuer gießen), ist ein Ausdruck, der gut zur aktuellen Situation Argentiniens passt. Dass das südamerikanische Land einmal ein reiches Land war, das mit Europa und den USA zu vergleichen war, davon merkt heute niemand mehr etwas. Der Staat war schon beim Regierungswechsel im Dezember 2019 pleite und hoch verschuldet, denn unter dem ehemaligen Präsidenten Mauricio Macri wurde Argentinien vom Internationalen Währungsfond (IWF) der größte jemals vergebene Kredit eingeräumt. Jedoch floss das Geld nicht an die Stellen, an denen es dringend gebraucht wurde, die Inflation blieb gleich hoch und 42 Prozent der Menschen leben aktuell unter der Armutsgrenze. Während die Situation in den Villas, den Armenvierteln, immer brenzliger wird, herrscht in den einkommensstärkeren Schichten Fluchtstimmung. Wer irgendwie kann, wandert aus, vor allem nach Europa.

DIE ZWEITE WELLE

Verstärkt wurde Argentiniens Krise durch den knallharten *Lockdown*, der Anfang 2020 ausgerufen wurde und bei dem sogar die Nahrungsmittelproduktion heruntergefahren wurde. Dabei zeigte er nicht einmal positive Effekte, denn die Infektionszahlen blieben gleich hoch wie im Nachbarland Brasilien, das keinen *Lockdown* machte. Nach einer relativ entspannten Öffnungsphase in den Sommermonaten, in der volle Strände und sogar Partys möglich waren, erschallen jetzt mit Winterbeginn panische Warnungen vor einer »zweiten Welle«. Auf einmal sind die Theater und Kinos wieder zu und auch Restaurants und der Einzelhandel erwarten erneute Einschränkungen. Die Mobilität ist zumindest offiziell eingeschränkt, nur wer »systemrelevant« ist, soll sich frei bewegen können. Eigens dafür wurde im März letzten Jahres eine App entworfen, über die Standorte nachverfolgt und Ausgangserlaubnisse kontrolliert werden, was in der Realität nicht immer so streng gehandhabt wird.

KEINE ÜBERSTERBLICHKEIT

Das alles passiert, obwohl Argentinien im Jahr 2020 keine erhöhte Sterblichkeitsrate verzeichnete, wie man den Statistiken des internationalen Datenportals IndexMundi entnehmen kann. Im Gegenteil, es gibt sogar eine Untersterblichkeit. Auch die Intensivstationen sind, entgegen der medialen Darstellung, selbst in der am dichtesten besiedelten Region Buenos Aires nicht überfüllt. Gleichzeitig werden Therapien verschoben und die häusliche Gewalt nimmt zu, was in einem Land in dem Gewalt gegen Frauen und Kinder weit verbreitet ist, noch viel verheerender ist. Das mediale Schauspiel gleicht dem Deutschlands. Mit der stetig steigenden Rate der Testpositiven und der Zahl der an oder mit Corona Verstorbenen – 66.871 Stand Mai 2020 – wird ein Ausmaß von Angst erzeugt, das einen Großteil der Menschen lähmt. Die Angst in der Bevölkerung, an Covid zu erkranken ist deutlich höher als in Deutschland und dementsprechend hoch ist auch die Impfbereitschaft. Dazu kommen die Einschüchterungsmethoden des Staates, der die bereits finanziell ausgelaugten Unternehmer weiter am unteren Existenzminimum hält, indem er ihnen nur einen Bruchteil ihrer finanziellen Einbußen entschädigt, während gleichzeitig die Korruption innerhalb der Regierung unter den Tisch gekehrt wird.

WACHSENDER PROTEST

Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung maßnahmenkonform zu sein scheint, hat sich auch in Argentinien bereits ein stetig wachsendes Netzwerk kritisch Denkender herausgebildet, die einen politischen und medizinischen Diskurs fordern. Unter ihnen sind die Médicos por la verdad, das spanische Pendant der Ärzte für Aufklärung, das, von Deutschland inspiriert, in Spanien und bereits in den meisten lateinamerikanischen Ländern Initiativen gründete. In Argentinien war es der Augenarzt Mariano Arriaga, der die Gruppe ins Leben rief und jetzt an der Seite anderer Ärzte quer durch das Land reist und Straßenaufklärung betreibt. Auch hat sich unter dem Rechtsanwalt Miguel Luis Marcelo Iannolfi eine Gruppe von 400 Anwälten formiert, die für die Wiederherstellung des Rechtsstaates kämpft.

Seit Mai 2020 finden vor allem in der Hauptstadt Buenos Aires immer wieder Demonstrationen statt. Jüngst formierten sich große Proteste gegen erneut anstehende Schulschließungen, die bezeichnenderweise von linken Gewerkschaften gefordert wurden. Tausende Eltern, Schüler und Lehrende demonstrierten daraufhin für die Rückkehr zum Präsenzunterricht und ein Ende der Hygienemaßnahmen. Auf ihren Plakaten ist außerdem zu lesen: »Nein zur kommunistischen Diktatur« »Gebt mir meine Rechte zurück«, »Wacht auf, sie belügen uns«. Doch leider greift auch im Land des Tangos das Prinzip »spalte und herrsche«, wenn es um die Verhinderung eines geeinten Widerstandes geht. Und das nicht erst seit 2020. Seit Jahrzehnten ist die Gesellschaft in zwei politische Lager geteilt, in die konservativ eingestellten Neoliberalen und die linken Peronisten. Wie in vielen Ländern, ist es auch in Argentinien vor allem die Linke, die sich sonst gerne als die barmherzigen Samariter darstellt, die gerade jetzt besonders harte Einschränkungen fordert. Die Proteste kommentierte Präsident Fernández in einer Pressekonferenz am 16. April in knallhartem Ton mit: »Rebellion, nicht mit mir. In einem Rechtsstaat werden die Gesetze befolgt.«

INTERNATIONALER WIDERSTAND

Und noch spielt die Mehrheit mit, auch bei völlig unverhältnismäßigen Maßnahmen. Wer es nicht tut, muss fürchten, medial diffamiert zu werden. Sucht man online etwa nach Anhängern der »Ärzte für Wahrheit« in Argentinien, so findet man die gleichen Nachrichten über *Fake-News*, wie wir sie aus Deutschland kennen. Trotzdem ist Hoffnung gerechtfertigt. Dass die Welle der corona-kritischen Experten bis nach Lateinamerika schwappte, zeigt, dass die Widerstandsbewegung auch international wächst und dass es wichtig ist, die Vernetzung weiter voranzubringen und dem globalen Süden zu vermitteln: Wir sind bei euch. An dem Öl, das die Pandmie ins Feuer gießt, entzünden wir gemeinsam Widerstandsfackeln.



Am 1. Mai 2021 demonstrierten im kanadischen Montréal rund 100.000 Menschen für das Ende des Maßnahm

DIE GRANDE NATI

Die Spaltung Frankreichs ist stärker der sichtbar. | Von Marie Plume

Frankreichs Politiker formieren sich zum Aufm
Franzosen wählen die Regionalräte in ihrer Regi
wahl 2022. Die Partei *Europe Ecologie Les Verts*
einer Werbekampagne für Schlagzeilen gesorgt.
»Die Jäger, ihrerseits, planen zu wählen«, »Die
schisten, ihrerseits, planen zu wählen«, »Gérald
an ist der amtierende Innenminister). Ein Appe
lautet: »Und Du? Hast du Zeit, für das Klima zu

VORSCHLÄGE DER BÜRG

Die Grünen machen sich unbeliebt, obwohl viele
gehen. 2019, im Zuge der Bewegung der Gelbwest
mat einberufen. Die Bürger-Klimakonvention ist
Bürger repräsentiert und zum ersten Mal überh
beteiligt werden sollte. 150 zufällig ausgeloste Bü
natelang haben sie sich informiert, diskutiert u
des Klimawandels vorbereitet. Das Gremium hat
gesellschaftlicher Gerechtigkeit kombiniert. Die
und sollten ungefiltert in das Gesetz einfließen. J
Gesetzentwurf meistens eingeschränkt, abgemil
Gremiums wurden anschließend gebeten, die vo
noten: 3,3 von 10 bekam die Regierung im Febr
Referendum steht mittlerweile vollständig auf de
bei regelmäßigen Demonstrationen mit zunehme

Es wird aber auch gegen das Sicherheitsgesetz u
Im 11. Pariser Arrondissement wurde 2017 Sarah
ihrem 27-jährigen muslimischen Nachbaren K
Höchstgericht sprach am 14. April 2021 das en
unter Drogeneinfluss stand, kann er nicht straf
im Sinne von Artikel 122-1 des Strafgeset
war so groß, dass Macron reagierte: »Die
verrückt' zu werden, soll in meinen Auge
befreien.« Er kündigte auch an: »Ich möc
lich eine Gesetzesänderung vorlegt.«

Danach verfassten ehemalige
denten, in dem sie ihre Sorge
brachten. Sie warnen vor Islam
verbreitendem Hass und zuneh
regelmäßig über Gewalt: I
Conflans-Sa
an
Ge
gr
te
sa
ei
5.
ge



Drei Freiheitskämpfer im schweizerischen Liestal zeigen Gesicht.

Foto: Joyce Küng



enregimes. Foto: Videostill: Québec debout

ON ZERSPLITTERT

nn je und mittlerweile auf vielen Ebenen

marsch. Im Juni steht die Lokalwahl bevor. Die
ton. Ein Vorgeschmack auf die Präsidentschafts-
s (die Grüne Partei) hat in der Pariser Region mit
. Plakate mit großen Fotos und kurzem Slogan:
Boomer, ihrerseits, planen zu wählen«, »Die Fa-
Darmanin, seinerseits, plant zu wählen« (Dami-
ll an die jüngere *Fridays for future-Generation*
wählen?«

GER EINFACH IGNORIERT

Franzosen momentan für das Klima auf die Straße
ten, wurde *La Convention Citoyenne pour le Cli-*
t ein Gremium, das die Vielfalt der französischen
aupt direkt an der Ausarbeitung eines Gesetzes
rger trafen sich erstmalig im Oktober 2019. Mo-
nd eine Gesetzgebung zum gesamten Spektrum
konkrete Vorschläge zum Schutz des Klimas mit
149 Vorschläge wurden der Regierung vorgestellt
edoch wurden die Vorschläge der Bürger für den
dert oder einfach ignoriert. Die Teilnehmer des
n der Regierung überarbeiteten Entwürfe zu be-
uar 2021. Das von Macron versprochene Klima-
er Kippe. Die Empörung wird immer größer, was
enden Teilnehmerzahlen sichtbar ist.

nd gleichzeitig für mehr Sicherheit demonstriert.
n Halimi, eine 65-jährige jüdische Rentnerin, von
obili Traohré brutal ermordet. Das französische
dgültige Urteil: Da der Täter zum Tatzeitpunkt
rechtlich belangt werden. Seine Schuldfähigkeit
zbuches ist aufgehoben. Die Empörung im Land
Entscheidung, Drogen zu nehmen und dann 'wie
n nicht von der strafrechtlichen Verantwortung
hte, dass der Justizminister so schnell wie mög-

n Generäle einen offenen Brief an den Präsi-
iber den Zerfall Frankreichs zum Ausdruck
nismus, Schlägerbanden in den Banlieues, sich
mender Gewalt. Auch die Zeitungen berichten
m Oktober 2020 wurde ein Geschichtslehrer in
ainte-Honorine enthauptet. Fréjus, eine Stadt
der Mittelmeerküste, 53.000 Einwohner mit
ewalttaten in Serie: »Seit mehreren Wochen
eifen etwa vierzig, fünfzig, in manchen Näch-
n hundert Schläger die Ordnungskräfte an«,
gt der Bürgermeister von Fréjus. In Avignon,
ner Stadt mit 90.000 Einwohnern, wurde am
Mai ein 36-jähriger Polizist bei einem Einsatz
egen Drogenhandel erschossen.

»Die Apathie der Menschen macht mir Angst – nicht Covid19«

Ein Schweizer Arzt erzählt im Interview, was ihn als Mediziner und Mensch in den Widerstand brachte. | Von Nadine Strotmann

Dr. Sven M. (Name anonymisiert) ist Humanmediziner, gebürtiger Ostdeutscher und wohnt seit rund 20 Jahren in der Schweiz. Er erlebte die ausgerufene Pandemie als leitender Arzt in einem Schweizer Spital.

DW: Schön, dass Sie Zeit für uns haben, Dr. Sven M. Sie möchten anonym bleiben. Mögen Sie sich dennoch skizzenhaft vorstellen, damit wir alle verstehen, wie wichtig Ihre Einblicke sind?

Sven M.: Gern. Ich wurde nach kritischer Äußerung zu den Corona-Maßnahmen gekündigt und befinde mich im offenen Rechtsstreit. Daher bleibe ich derzeit unter dem Radar. Ich bin Anfang 50, Neurochirurg und lebe mit meiner Frau und unserer kleinen Tochter in der Schweiz. Gebürtig komme ich aus der Gegend zwischen Leipzig und Dresden und werde wohl im Herzen immer Ostdeutscher bleiben. Gerade in diesen Zeiten wird mir meine Vergangenheit wieder bewusst.

Nach so langer Zeit fühlen Sie sich immer noch der alten Heimat verbunden? Wie kommt das?

Meine Eltern und ich haben schon damals unter den Repressalien der DDR gelitten. Wir waren anfangs, als wir alle noch schwiegen, gut situiert. Meine Eltern arbeiteten beide als Ingenieure, hatten ein gutes Einkommen, wir hatten ein gutes Leben. Bis zu dem Tag als sie sich entschieden, einen Ausreiseantrag für uns zu stellen. Von da an nahm uns der Staat vieles: Meine beiden Eltern verloren ihren Job, ich musste die höhere Schule verlassen und entschied mich als Teenager, dann erst mal als Lagerarbeiter mein eigenes Geld zu verdienen. Ab dem Tag wusste ich, ich werde dieses Land bald selbst verlassen. Mit 18 stellte ich dann meinen eigenen Ausreiseantrag, und als dieser auch abgelehnt wurde, floh ich mit knapp 20 Jahren über Ungarn in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu Verwandten in den Westen.

Wie kam es dann dazu, dass Sie im Westen Ihr Abitur nachholten, um Medizin zu studieren?

Meine Großmutter prägte mich: Sie hat den Beruf des Arztes immer verehrt, sah diesen als was ganz Besonderes an. Als ich dann bei unseren Verwandten im Westen als DDR-Flüchtling die Chance hatte, meine mir verwehrte Schulausbildung nachzuholen, wusste ich, dass ich Arzt werden will. Mein Ehrgeiz war geweckt, ich holte alles nach, was mir bis dato nicht erlaubt war: Ich machte das zweitbeste Abitur des Jahrgangs, bekam ein Stipendium an der Universität in Gießen und nutzte alle Möglichkeiten, schon während des Studium zu reisen, Praktika und Auslandssemester zu belegen. So war ich unter anderem in Österreich, Ungarn. Irland, Australien und irgendwann dann auch mal in der Schweiz.

Was hat Sie denn damals als junger Arzt an der Schweiz gereizt?

Es war einfach eine gute Gelegenheit. Meine damalige Freundin und ich waren beide auf der Suche nach unserem ersten Job, wir konnten zeitgleich als Assistenzärzte unsere erste Anstellung antreten und haben die Chance genutzt. Anfangs war es nicht leicht, die Schweizer lassen einen nicht schnell nah ran. So dauerte es länger als gedacht, bis wir uns heimisch fühlten. In der Zwischenzeit habe ich die Staatsbürgerschaft angenommen, darf wählen, und hatte bis vor kurzem ein gutes Leben. In der aktuellen Krise jedoch wird mir die Schweiz wieder fremd, und ich fühle mich wieder wie der Ossi von damals, der schon 1988/89 für die Freiheit auf die Straße gegangen ist, ich fühle mich wieder wie der Junge, der den Mund aufmachte und vom übermächtigen Staat daraufhin Repressalien erfuhr.

Was meinen Sie genau damit?

Ich habe mich ja öffentlich kritisch zu den Corona-Maßnahmen geäußert und erlebte daraufhin eine Art Hetz-Kampagne gegen mich. Als Ergebnis erhielt ich meine Kündigung. Ich habe das Gefühl, es wiederholt sich gerade die dunkelste Zeit der deutschen Geschichte in vielen Teilen der Welt, und damit meine ich nicht nur die Zeit der DDR. Wir erleben auch hier in der Schweiz massive Grundrechtseinschränkungen, die aus meiner Sicht als Arzt nicht medizinisch motiviert sind. Das Positive ist jedoch, dass mich diese ganze Corona-Krise wieder zurück zu meinen geistigen Wurzeln bringt: Im Gegenwind laufe ich zur Höchstform auf, wer Unrecht bemerkt, muss den Mund aufmachen und darf sich niemals mit den Falschen gemein machen. Mit diesen Werten bin ich groß geworden.

Wie denken Sie über die ausgerufene Corona-Pandemie?

Am Anfang dachte ich, wie viele andere auch, dass da vielleicht wirklich was Gefährliches auf uns zukommen kann. Doch das hielt nicht lange an. Es war wie ein Mosaik, immer mehr kleine Einzelteile stimmten mich kritisch, passten nicht zueinander. Und daraus ergab sich das gesamte Bild. Covid-19 ist eine Erkrankung, die für mehr als 99 Prozent der Menschen ungefährlich ist, auch laut internationalen Studien. Alles andere was derzeit daraus gemacht wird, ist Hysterie, ein mediales und politisches Panik-Karussell.

Welche Momente der Erkenntnis haben Sie dazu motiviert, sich kritisch zu äußern?

Es fing mit den offiziellen Zahlen der Infizierten an. In sämtlichen Medien und vor allem den offiziellen Quellen der Behörden wurden Zahlen falsch dargestellt. So wurden zum Beispiel die Genesenen nicht herausgerechnet. Als ich daraufhin einen Brief an das Gesundheitsamt schrieb und aufklären wollte, ließ man mich unmissverständlich wissen, dass ich still zu sein habe, sonst drohten mir Repressalien. Das war der erste Schock. Dann folgten die ersten PCR-Testungen bei uns im Spital, im hauseigenen Labor. Da ich meine Promotion über PCR-Tests geschrieben hatte, war mein Interesse besonders groß. Was ich dann sah, erschrak mich. Es wurden die Tests unter widrigsten Bedingungen umgesetzt; das Spital hatte Aushilfen angeheuert, die keine Fachkompetenz hatten und laienhaft herumexperimentierten. Konstruktive Kritik wurde ignoriert, schließlich gab es ja Geld dafür.

Haben Sie den Eindruck, dass Geld eine zentrale Rolle in der Aufrechterhaltung des offiziellen Narrativs spielt?

Mit Sicherheit, es geht ja auch im Gesundheitssystem am Ende des Tages um Geld. Die Kliniken müssen überleben. Es wurden viele Operationen abgesagt, um die Betten für die Corona-Patienten freizuhalten. Diese waren weniger als erwartet. Und die, die kamen, hatten schwere Vorerkrankungen, einen positiven Corona-Test und wurden dann ausschließlich als Corona-Patient geführt. Viele wurden dann aus meiner Sicht auch übertherapiert. Ich habe es in der Vergangenheit noch nie erlebt, dass Patienten, die kaum eine gute Chance auf ein würdiges Weiterleben im hohen Alter nach schweren Eingriffen haben, mit aller Macht am Leben erhalten wurden. Früher galt die Lungenentzündung als Freund des alten Menschen, es war ein schneller und gängiger Tod. Aber seit der ausgerufenen Corona-Pandemie darf ja offensichtlich niemand mehr sterben.

Wann haben Sie angefangen, sich kritisch zu äußern?

Von Anfang an habe ich den offenen Austausch mit Kollegen gesucht. Ich habe mir Krankenakten durchgesehen, Krankheitsverläufe studiert und ich habe bis heute keinen einzigen Fall entdeckt, wo ein junger, gesunder Mensch ernsthaft an Covid-19 erkrankte. Als ich dann in unserem Spital herausfand, dass neue Beatmungsgeräte nur für einen Pressetermin provisorisch in unserer Intensivstation angebracht wurden – und nach dem Fototermin wieder abgeschraubt wurden – wusste ich, dass hier was nicht stimmt.

Am 13. Juni stimmen die Schweizer in einem Referendum über das Covid-19-Gesetz ab. Was bedeutet das für Sie, die Schweiz und vielleicht für den Rest der Welt?

Ich bin Realist, war auf vielen Demonstrationen und habe mit vielen Menschen gesprochen. Selbst wenn wir nicht die Mehrheit erlangen, so werden wir ein Zeichen setzen und haben es schon getan. Die Schweiz kann mit ihrer Basis-Demokratie und ihrem Widerstand eine Inspiration für alle Länder und Menschen sein, die sich von diesem neuen Totalitarismus befreien wollen. Meine Angst ist jedoch, dass die Menschen in ihrer Apathie bleiben und den falschen Versprechen der Regierung Glauben schenken. Aber eine Sache weiß ich: In der Geschichte hat es nie funktioniert, die Menschen auf Dauer zu täuschen. Die Vergewaltigung der Realität kann niemals gutgehen.



Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin M.A., Redakteurin und Marketingfachfrau.

WANN KOMMT ENDLICH DER ABSCHIED VOM DROSTEN-TEST?

DW-Naturwissenschaftsredakteur* Markus Fiedler *gibt einen Überblick über das Verfahren, den Stand der Forschung und berichtet von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die den PCR-Test als Diagnosewerkzeug für Covid-19 ausschließen.

Collage: Jill Sandjaja

Die sogenannte Polymerasekettenreaktion (Polymerase Chain Reaction, kurz: PCR) ist in der Lage, kleinste DNA-Sequenzen zu vervielfältigen und einer Analyse zugänglich zu machen. Dazu braucht man im Idealfall nur eine einzige DNA-Sequenz.

Wie das PCR-Testverfahren funktioniert: Der Test nutzt das molekulare Werkzeug »DNA-Polymerase«. Eine hoch hitzestabile Version dieses Eiweißes, die sogenannte »Taq-Polymerase«, wird zusammen mit der zu analysierenden Probe und einer Pufferlösung mit allerlei Hilfs-Chemikalien in ein kleines Reaktionsgefäß gegeben. Viele von diesen Reaktionsgefäßen können zusammen in einen sogenannten Thermocycler gegeben werden. Durch abwechselndes Erhitzen und Abkühlen wird die gesuchte und vorhandene DNA-Matritze bei jedem Abkühlungs- und Erhitzungszyklus verdoppelt. Diese Vervielfältigung nennt man Verstärkung oder Amplifikation.

Die PCR an sich funktioniert nur mit einer doppelsträngigen DNA-Vorlage. Man kann aber auch einsträngige RNA mit einem sogenannten Reversen-Transkriptase-Emzym in doppelsträngige DNA umschreiben und ebenfalls untersuchen. Normalerweise wird nach einer klassischen PCR mittels einer sogenannten Gelelektrophorese der Inhalt des Probengefäßes nach Molekülgrößen aufgetrennt. Anhand so einer Analysemethode kann man sehr gut überprüfen, ob eine PCR das richtige DNA-Teilstück vervielfältigt hat oder nicht. Dazu wird einfach die Länge der vervielfältigten DNA-Schnipsel mit der zu erwartenden Länge verglichen.

Weil die zu verstärkenden Coronavirus-DNA-Sequenzen sehr kurz sind, lässt man diese Geleletrophorese-Kontrolle weg. Natürlich auch, weil das Überprüfen Zeit kostet. Stattdessen macht man eine sogenannte quantitative »Echtzeit-PCR« oder »Realtime-PCR«. Dazu nutzt man sogenannte DNA-Sonden, an die ein selbstleuchtender Farbstoff gebunden ist. Diese quantitative »Real-Time/Reverse-Transcriptase-PCR« nennt man kurz doppeldeutig »qRT-PCR«.

Durch Licht von außen wird die Probe zum farbigen Leuchten angeregt, überschreitet das Leuchten der Probe nach einigen Temperatur-Zyklen ein gewisses Maß an Helligkeit, definiert man die Probe als positiv getestet. Weder die Anzahl der Zyklen noch die Leuchtstärke sind bei der Suche nach Corona-Viren genau definiert und so macht jedes Labor, was es will. So leuchtet zum Beispiel ab etwa 50 Verdopplungszyklen jede Probe. Woran liegt das? Bei jedem Zyklus können Fehler auftreten und ein unerwünschter Teil der DNA-Vorlage kopiert werden. In jedem Folgezyklus wird die falsch kopierte DNA-Sequenz dann wieder verdoppelt, also verstärkt. Da man nicht die Länge der Kopien überprüft und nur leuchtende (also verdoppelte DNA) misst, schleicht sich hier schnell ein systematischer Fehler ein. Der Nachteil ist, dass man nicht genau weiß, was da eigentlich an DNA vervielfältigt wird. Es leuchtet einfach. Das reicht. Konsens ist, dass ein Leuchten nach über 35 Verdopplungszyklen keine sicheren »Positiv«-Proben-Ergebnisse mehr liefert. Empfohlen werden 25 Zyklen.

KRITIK AM PCR-TEST ZUR DIAGNOSE VON COVID-19

Christian Drosten hat zusammen mit anderen im Frühjahr 2020 ein PCR-Analyse-Verfahren zur Covid-19-Diagnose vorgestellt. In der Veröffentlichung hierzu werden 45(!) Zyklen vorgeschlagen. Das sind viel zu viele Zyklen, sagen Fachleute. Zusätzlich ist der von Corman und Drosten zur Covid-Diagnose vorgestellte PCR-Test wahrscheinlich aus Nachlässigkeit in vielen Teilen problematisch bis fehlerhaft. Man sollte diesen auf keinen Fall als Analysewerkzeug einsetzen. Zu diesem Schluss kommt eine Forschergruppe bestehend der renommierten Wissenschaftler Pieter Borger, Bobby Rajesh Malhotra, Michael Yeadon, Clare Craig, Kevin McKernan, Klaus Steger, Paul McSheehy, Lidiya Angelova, Fabio Franchi, Thomas Binder, Henrik Ullrich, Makoto Ohashi, Stefano Scoglio, Marjolein Doesburg-van Kleffens, Dorothea Gilbert, Rainer Klement, Ruth Schruefer, Berber W. Pieksma, Jan Bonte, Bruno H. Dalle Carbonare, Kevin P. Corbett und Ulrike Kämmerer in ihrer Veröffentlichung auf cormandrostenreview.com.

Ein zentrales Problem sind unter anderem die zum Test gehörenden sogenannten »Primer«. Die Primer sind kleine, einsträngige DNA-Schnipsel mit einer Länge von rund 20 DNA-Basen. Diese Primer definieren den Anfang und das Ende der gesuchten beziehungsweise zu vervielfältigenden DNA-Sequenz und müssen so hergestellt werden, dass sie die gleiche Anlagerungstemperatur beziehungsweise maximal drei Grad Celsius Abweichung haben. Die von Corman und Drosten verwendeten Primer haben zumindest bei dem zu untersuchenden RdRP-Gen jedoch zehn Grad Celsius Unterschied in der Anlagerungstemperatur. Zusätzlich weichen die Spezifikationen noch von zahlreichen anderen Kriterien für gut durchgeführte PCR-Analysen ab. Falsche Analyseergebnisse sind also vorprogrammiert. Zudem konnten viele Labors nicht zwischen Sars-Cov-2 und Sars-Cov-1 beziehungsweise anderen Coronaviren unterscheiden.

SCHLAMPIGKEIT, ÜBEREMPFINDLICHKEIT UND EINE WARNUNG DES ERFINDERS

Die Sendeanstalt BBC zeigte jüngst, dass in einem englischen Labor Probenflüssigkeit regelmäßig schleimige Fäden zieht und der Analyse-Roboter systematisch von einem Probengefäß Flüssigkeit in andere Probengefäße überträg. Das Personal hatte mit dieser Proben-Kontamination keine Probleme beziehungsweise wendete vollkommen untaugliche Methoden zur Behebung an.

Die PCR wurde auch von dessen Erfinder, dem Nobelpreisträger Kary Mullis als untauglich für alleinige medizinische Diagnosezwecke befunden: Nur ein einziger vorhandener und gesuchter DNA-Schnipsel reicht, um eine Probe »positiv« zu machen. Das ist viel zu empfindlich. Es muss noch nicht einmal ein intaktes Virus sein, ein Bruchstück des Erbmaterials reicht. Das ist in etwa so, wie wenn man eine Radmutter von einem Ferrari gefunden hat und behauptet, man hätte das ganze Auto gefunden. Auch wenn das Virus intakt ist, kann die PCR nicht zwischen einem vorhandenen Virus, einer damit infizierten Wirtszelle und einem erkrankten Patienten unterscheiden. Zwischenzeitlich warnte auch schon die WHO davor, die PCR als alleiniges Diagnosewerkzeug einzusetzen. Das interessierte die Politik allerdings nicht.

NEUES ERKENNTNISSE MIT SPRENGSTOFF

Die Forschergruppe um Liguo Zhang und Alexsia Richards veröffentlichte eine Arbeit (Titel: »Reverse-transcribed Sars-Cov-2 RNA can integrate into the genome of cultured human cells and can be expressed in patient-derived tissues«), worin sie beschreiben, dass man nach einer Sars-Cov-2 Infektion von Gewebeproben das virale RNA-Genom als DNA-Sequenz im Genom der Wirtszelle finden kann. Es gibt also einen natürlichen Mechanismus, der die Integration der Virus-RNA in die Menschen-DNA bewerkstelligt. Daher ist anzunehmen, dass in den Wirtszellen vieler Menschen bereits Corona-Sequenzen als vererbte Sequenz oder von lange abgeschlossenen Corona-Infektionen vorhanden sind, die ab und zu auch abgelesen werden und zu mRNA transkribiert werden. Diese werden dann durch den PCR-Test fälschlicher Weise als Covid-19-Virus erkannt. Was bedeutet das? Viele falsch-positive PCR-Tests. Damit ist die PCR grundsätzlich untauglich als Analysemethode für Covid-19.



Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

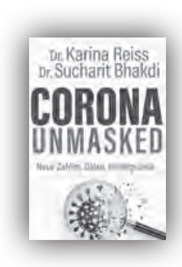
DW-BESTSELLERLISTE



Wer, wenn nicht Bill?: Anleitung für unser Endspiel um die Zukunft
Böttcher, Sven
Rubikon
ISBN: 978-3-96789-016-7



Minima Mortalia
Köhne, Werner
Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-0-8



Corona unmasked: Neue Zahlen, Daten, Hintergründe
Bhakdi, Sucharit; Reiss, Karina
Goldegg Verlag
ISBN: 978-3-99060-231-7



Der Fall Julian Assange. Geschichte einer Verfolgung - Der spektakuläre Report des UNO-Sonderberichterstatters für Folter
Melzer, Nils
Piper
ISBN: 978-3-492-07076-8



Fassadendemokratie und Tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter. Rose, Jürgen; Becker, Jörg; Rügemer, Werner; Krautz, Jochen; Ploppa, Hermann
Promedia Verlag
ISBN: 978-3-85371-425-6



Totalversagen. Kleines Handbuch: Die Selbstzerstörung einer Gesellschaft
Müller, Michael
tredition
ISBN: 978-3-347-24599-0



Chronik einer angekündigten Krise: Wie ein Virus die Welt verändern konnte
Schreyer, Paul
Westend
ISBN: 978-3-86489-316-2



Glaube wenig, hinterfrage alles, denke selbst
Müller, Albrecht
Westend
ISBN: 978-3-86489-218-9



Warum Schweigen die Lämmer
Mausfeld, Rainer
Westend
ISBN: 978-3-86489-277-6



Das Kapitalismustribunal: Zur Revolution der ökonomischen Rechte
Haus Bartleby, Anselm Lenz, Alix Fassmann, Hendrik Sodenkamp, Corinna Popp, Viktor Kucharski
Passagen Verlag
ISBN-13 : 978-3709202203

Gewalttätige Funktionäre

Gespräch mit dem Journalisten Martin Lejeune über tätliche Angriffe auf Pressevertreter.

DW: Herr Lejeune, Sie hatten mehrere Erlebnisse auf Ihrem Weg als Journalist in Deutschland mit dem Journalistenverband DJU. Was geschah am zurückliegenden Wochenende?
Martin Lejeune: Am Samstag, dem 8. Mai, dem Feiertag zur Befreiung vom Hitler-Faschismus, wurde ich von mehreren Angreifern geschubst, geschlagen und getreten. Dies während ich eine Versammlung von rund 40 Oppositionellen journalistisch dokumentierte. Diese Oppositionellen, junge Leute aus Berlin, demonstrierten gegen die unverhältnismäßige Einschränkung der Grundrechte. Die Angreifer waren überwiegend ebenfalls junge Leute, die ich dem Antifa-Lager zurechnen würde. Diese Antifa lauerte den Oppositionellen im Görlitzer Park auf, verfolgte sie und schlug auf diese ein. Die anscheinende Antifa warf auch Steine. Dies alles, während Kinder mit ihren Müttern in der Nähe picknickten.

Das haben Sie filmisch dokumentiert. Auch Sie wurden angegriffen?
Ja, gezielt! Die Gewalttäter schlugen auf meine Kamera. Es war dem Eingreifen couragierter Bürger zu verdanken, die Schlimmeres verhinderten, indem sie sich schützend vor mich stellten. Die fliegenden Steine hätten schlimme Verletzungen auch Unbeteiligter verursachen können. Ich wundere mich, dass es dazu nicht einmal eine Polizeimeldung gab und auch keine Erwähnung in der täglichen RBB-Abendschau, die damit ihre Chronistenpflicht verletzt.

Was hat das mit dem DJU zutun?
Im Zuge dieses Anschlags im Görlitzer Park tauchte auch der DJU-Funktionär Jörg Reichel auf. Ich teilte ihm mit, dass ich als Journalist angegriffen werde. Reichel stand in Hör- und Sichtweite von mir. Er wandte sich von mir ab, nachdem ich ihn um Hilfe rief.

Aber Reichel ist doch als Gewerkschaftssekretär eines Journalistenverbandes dem Berufsstand und der freien Berichterstattung verpflichtet — und dem Schutz der Journalisten wie Ihnen. Oder etwa nicht?
Mit seiner mutmaßlich unterlassenen Hilfeleistung verletzt Jörg Reichel seine Pflicht als Gewerkschafter der Journalisten! Und dies auch noch an Ort und Stelle. Bislang galt Reichel als Schreibtischtäter im Gebäude der Gewerkschaft Verdi am Ostbahnhof. Von dort aus behauptete er in den zurückliegenden 14 Monaten immer wieder, dass *ARD*-Journalisten auf Querdenken-Demos angegriffen worden seien.

Immerhin war er, Reichel, zumindest oberflächlich für den Schutz dieser Medienleute engagiert gewesen. Was hat er aber gegen Sie als recht bekannten freien Journalisten?
Das ist eine sehr gute Frage, die ich Jörg Reichel gerne stellen würde, wenn er mal ans Telefon ginge. Es war auch nicht das erste Mal, dass ich angegriffen wurde. Am 24. April dokumentierte ich eine Demo auf der Kreuzung Mehringdamm und Yorckstraße. Mehrere Personen traten und schlugen mich, während Reichel auf der gleichen gesperrten Kreuzung stand. Beim ersten Mal stand er sogar noch näher zu den Angriffen auf mich.

Reichel ist auch dieser Redaktion bekannt durch seine Versuche, regierungs- und konzernunabhängigen Journalistenkollegen den Presseausweis zu entziehen oder die Ausstellung zu verhindern.
Davon bin auch ich betroffen. Die DJU lehnte meinen Antrag auf Ausstellung eines Presseausweises ohne Begründung ab. Dies alles übrigens, obwohl ich auch über gewerkschaftliche Themen und Arbeitskämpfe berichtete. Ich dokumentierte zuletzt die schlimme Räumung der Kneipe Meuterei, die von einem progressiven Kollektiv betrieben wurde, dem Reichel ja nahestehen möchte. Reichel hat sich über meine Berichterstattung sogar bei der Polizei Berlin beschwert. Er behauptete dem Vernehmen nach, ich hätte nur einen ungültigen Presseausweis. Er wollte mich da weghaben, damit ich davon nicht berichten kann. Reichel stellt sich damit vor die Entscheidungsträger, die diese Räumungen wie Syndikat und Meuterei politisch zu verantworten haben.

Reichel, der nach meinen Informationen über 5.000 Euro Monatsgehalt aus Gewerkschaftsbeiträgen von uns Journalisten erhält, versucht also durch Verleumdung, üble Nachrede und Lügen, Sie an Ihrer Berufsausübung zu hindern?
Die Pressefreiheit muss für jeden gelten. Man darf nicht nach doppelten Standards vorgehen. Ein Gewerkschaftssekretär darf nicht nach Gesinnung selektieren, welchem Journalisten er hilft, wenn diese während Ausübung ihres Berufes vor Ort tätlich angegriffen werden.

Reichel ist auf den Hierarchiestufen in der Medienwelt ja weit unten. Will er sich nun als gelber Gewerkschafter bei Merkel und dem Weltwirtschaftsforum bewerben?
Er sieht sich vielleicht am Anfang seiner Karriere und vielleicht zum bundesweiten DJU-Chef berufen. Reichel schrieb über mich auf Twitter, Hunde streicheln und *livestreamen* sei kein Journalismus. Aber was Journalismus ist, dürfen nicht Funktionäre wie Jörg Reichel bestimmen, die sich der universellen Pressefreiheit verpflichtet sehen müssen, um ihr zu dienen!

Neben Reichel ist auch ein anderer DJU-Funktionär zuletzt gewalttätig worden. Ich appelliere an die DJU-Basis, gewalttätigen und gewaltduldenden Funktionären das Vertrauen zu entziehen unter dem Motto: Kollegen, haltet zusammen, am Ende trifft es uns alle, wenn wir uns spalten lassen und unsolidarisch sind! Wehret den Anfängen!

Berichten Sie uns bitte noch, was am 1. Mai in Weimar geschah.
Dort dokumentierte ich, wie der DGB-Funktionär von Südthüringen Michael Lemm eine Gedenkstätte für die Unabhängigkeit der Justiz schändete. Dort lagen Hunderte weiße Rosen, die für den grundgesetztreuen Weimarer Richter abgelegt worden waren, nachdem bei ihm Razzien stattgefunden hatten. Einer der paar Jungspunde im Gefolge Lemms schlug gegen meine Kamera.

Die Fragen stellte Anselm Lenz.

Martin Lejeune ist seit 2004 hauptberuflicher Journalist. Er arbeitete unter anderem für die Tageszeitungen junge Welt, Neues Deutschland und für die Verdi-Gewerkschaftszeitung Kunst & Kultur. Heute betreibt er seinen Doku-Kanal »Anni und Martin« gemeinsam mit der Journalistin Anne Höhne. Siehe martinlejeune.de.

Sophie Scholl ist unteilbar

Die Demokratiebewegung als Inspirationsquelle

KOMMENTAR von Jill Sandjaja

Seit einer Woche postet die Schauspielerin Luna Wedler in nachempfundener Echtzeit die letzten zehn Monate der Sophie Scholl auf Instagram. Das macht sie im Rahmen eines fake-live Projekts #ichbinsophiescholl des *SWR* und des *BR*. Woher kommt bloß die Idee für dieses Projekt und diesen Titel anlässlich des 100sten Geburtstags der Oppositionellen?

Die Dreharbeiten hierzu begannen vor gut vier Monaten. Kurz zuvor, im Oktober 2020 fand eine Kundgebung in Hannover statt, auf der die 22-jährige Jana aus Kassel sich so fühlte wie Sophie Scholl. Daraufhin folgte eine Diffamierungskampagne bis in die *New York Times*. Überall sprach man von dem faux pas der jungen Widerstandskämpferin. Heiko Maas behauptete sogar, dass solche Vergleiche den Holocaust verharmlosen.

Klar, war der Vergleich nicht unbedingt glücklich gewählt, aber viel schlimmer ist es, sich wie Bestien auf eine junge Frau zu stürzen – nur um der Demokratiebewegung noch eins auszuwischen.

Einige Leute sind nun von der Instagram-Sophie begeistert: Was *postet* sie so Schönes jeden Tag? Zum Beispiel bekam sie zum Geburtstag ein Paket von ihrer Mutter. Darin steckt natürlich Desinfektionsmittel. Ernsthaft? Zwischendurch makellose Fotos aus der NS-Zeit. Dann schreibt sie das Cicero-Zitat auf: »Das Wohl des Volkes ist oberstes Gesetz«. Es wäre wünschenswert, wenn die Propaganda-Sender, die Regierung und sonstige Corona-Faschisten diesen Spruch einmal ernst nehmen würden.

In diesen Zeiten darf man sich durchaus wie die Widerstandskämpferin Sophie Scholl fühlen. Keine Diktatur gleicht der anderen, aber wir dürfen ihre Mechanismen nie vergessen. Es ist nur komisch, dass Merkel und Co sich nicht wie Hitler fühlen. Oder tun sie es doch?

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

VOR DEM SKLAVEN, WENN ER DIE KETTE BRICHT, VOR DEM FREIEN MENSCHEN ERZITTERT NICHT
FRIEDRICH SCHILLER

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 47. Ausgabe ab Samstag, 15. Mai 2021. | Redaktionsschluss war am 13. Mai, 8:30 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus zu verlangen, der ihnen vollständig zugutekommt. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Sophia-Maria Antonulas **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Sportchef:** Thomas Berthold **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Layout und Satz:** Chris Stein, Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Illustrationen und Bildredaktion:** Jill Sandjaja, Ute Feuerstacke **Fotoressort:** Steve Schramm **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ronja Palmer, Burak Erbasi, Aya Velázquez, Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Erich Kartmann, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.